

93.024

**Gleichstellung von Frau und Mann.
Bundesgesetz****Egalité entre femmes et hommes.
Loi**

Fortsetzung – Suite

Siehe Seite 480 hiervoor – Voir page 480 ci-devant

Art. 8*Antrag der Kommission**Mehrheit*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Minderheit I(Ducret, Allenspach, Borradori, Comby, Frey Claude, Iten Joseph, Reimann Maximilian, Sandoz, Vetterli, Zölch)
Streichen*Minderheit II*

(Allenspach, Borradori, Heberlein, Sandoz, Scherrer Jürg, Stamm Luzi, Vetterli)

Abs. 1, 2

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 3 (neu)

Machen mehrere Personen klageweise einen Anspruch auf Entschädigung erfolgreich geltend, so ist die Summe der einzelnen Entschädigungsansprüche auf sechs Monatslöhne begrenzt.

Art. 8*Proposition de la commission**Majorité*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Minorité I(Ducret, Allenspach, Borradori, Comby, Frey Claude, Iten Joseph, Reimann Maximilian, Sandoz, Vetterli, Zölch)
Biffer*Minorité II*

(Allenspach, Borradori, Heberlein, Sandoz, Scherrer Jürg, Stamm Luzi, Vetterli)

Al. 1, 2

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 3 (nouveau)

Si plusieurs personnes obtiennent en justice le versement d'une indemnité, la somme des indemnités versées par l'employeur ne dépassera pas le montant correspondant à six mois de salaire.

Angenommen gemäss Antrag der Minderheit I

(vgl. Entscheid bei Art. 3 Abs. 2)

Adopté selon la proposition de la minorité I

(voir décision à l'art. 3 al. 2)

Art. 9*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté***Art. 10***Antrag der Kommission**Abs. 1**Mehrheit*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Minderheit(von Felten, Bär, Bühlmann, Caspar-Hutter, de Dardel, Grendelmeier, Herczog, Leuenberger Moritz, Rechsteiner)
.... die Arbeitgeberin ist nichtig, wenn*Abs. 2**Mehrheit*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Minderheit

(Bühlmann, Bär, de Dardel, von Felten, Grendelmeier, Herczog, Leuenberger Moritz, Rechsteiner)

.... sowie zwölf Monate

Abs. 3

.... werden. Das Gericht kann die provisorische Wiedereinstellung der Arbeitnehmerin oder des Arbeitnehmers für die Dauer des Verfahrens anordnen, wenn es wahrscheinlich erscheint, dass die Voraussetzungen für die Aufhebung der Kündigung erfüllt sind.

Abs. 4, 5

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 10*Proposition de la commission**Al. 1**Majorité*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Minorité(von Felten, Bär, Bühlmann, Caspar-Hutter, de Dardel, Grendelmeier, Herczog, Leuenberger Moritz, Rechsteiner)
.... par l'employeur est nulle lorsqu'elle*Al. 2**Majorité*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Minorité

(Bühlmann, Bär, de Dardel, von Felten, Grendelmeier, Herczog, Leuenberger Moritz, Rechsteiner)

.... pendant l'année qui suit

Al. 3

.... du congé. Le juge peut ordonner le réengagement provisoire du travailleur pour la durée de la procédure lorsqu'il est vraisemblable que les conditions de levée de la résiliation sont remplies.

Al. 4, 5

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Abs. 1 – Al. 1***Von Felten** Margrith (S, BS), Sprecherin der Minderheit: In diesem Artikel geht es um Schikanekündigungen. Es geht darum, dass ein Arbeitgeber ohne begründeten Anlass die Kündigung ausspricht, nachdem sich die Arbeitnehmerin mit rechtlichen Mitteln, z. B. gegen Lohndiskriminierung, gewehrt hat. Der Sinn des Kündigungsschutzes besteht darin, dass die Durchsetzung der Lohngleichheit auch in einem laufenden Arbeitsvertrag, d. h. in einem ungekündigten Arbeitsverhältnis, durchgesetzt werden kann. Angst vor Entlassung hat Frauen bisher nachweisbar davon abgehalten, ihre Rechte einzuklagen. Es ist kein Zufall, dass von allen bisherigen Lohnklagen in bezug auf privatrechtliche Arbeitsverhältnisse die betroffenen Frauen erst nach Auflösung ihres Arbeitsvertrages einen Prozess anstrebten. Der Zweck der Verfassungsgarantie kann nicht darin liegen, verfassungsmässige Rechte zu gewähren, die erst nach Auflösung des Arbeitsverhältnisses in Anspruch genommen werden können.

Der vorliegende Minderheitsantrag betrifft die Rechtsfolge der Schikanekündigung. Die Kommissionmehrheit sieht vor, dass die Kündigung zunächst wirksam ist und erst durch ein Gericht auf Klage der Arbeitnehmerin hin aufgehoben werden kann. Diese Rechtsfolge ist nach meiner Meinung und nach Meinung der Minderheit zu schwach. Die Minderheit beantragt deshalb, Nichtigkeit als Rechtsfolge. Eine Rache Kündigung soll keinerlei Rechtswirkung haben.

Das Verbot von Schikanekündigungen ist am grundsätzlichsten geregelt, wenn die Arbeitnehmerin von Anfang an weiss, dass eine solche Schikanekündigung von der Rechtsordnung nicht geschützt wird. Die Arbeitnehmerin soll wissen, dass sie ihren Arbeitsplatz behalten kann. Entschliesst sie sich, ihre Rechte geltend zu machen, soll sie nicht von Anfang an damit rechnen müssen, dass sie zwei Prozesse führen muss, einen in Sachen Diskriminierung, den anderen zur Aufhebung der Racheekündigung. Es geht in diesem Gesetz schliesslich darum, die Arbeitnehmerinnen vor jeglicher Form von Diskriminierung im Arbeitsleben zu schützen und sie auch zu ermutigen, ihre verfassungsmässigen Rechte in Anspruch zu nehmen.

Dieser Schutz ist bei Nichtigkeit stärker. Nichtigkeit war auch die Rechtsfolge, die die Arbeitsgruppe «Lohnleichheit» in ihrem Schlussbericht empfohlen hat. Zu beachten ist, dass Nichtigkeitsfolge einen Entschädigungsanspruch ausschliesst. Man kann nun eine Abwägung vornehmen und fragen, ob es wesentlich ist, dass die Arbeitnehmerin den Arbeitsplatz behalten kann, oder ob es wesentlich ist, dass sie zu einer Entschädigung kommen kann. Ich meine, dass die Priorität bei der Sicherheit des Arbeitsplatzes liegen muss.

Nichtigkeit der Kündigung bei Klagen während eines bestehenden Mietverhältnisses bestand schon im Bundesbeschluss über Massnahmen gegen Missbräuche im Mietwesen. Mit dieser Form des Kündigungsschutzes hat man gute Erfahrungen gemacht.

Ich bitte Sie, dem Minderheitsantrag zuzustimmen.

Stamm Judith (C, LU), Berichterstatterin: Die Kommissionmehrheit beantragt Ihnen (12 zu 9 Stimmen), der Lösung des Bundesrates, welche die Kündigung als «anfechtbar» erklärt, zuzustimmen. Sie hat sich bei der Abwägung der Interessen vor allem auf ein Argument gestützt: Eine Racheekündigung sei zwar eine inakzeptable, ungerechte Reaktion auf das Geltendmachen eines Diskriminierungsfalles, aber durch diese Racheekündigung sei das Arbeitsverhältnis wahrscheinlich in den meisten Fällen so beeinträchtigt, dass die Nichtigkeit der Kündigung einem gegenseitig guten Verhältnis auch nicht diene. Die Mehrheit beantragt Ihnen also, die Lösung der Anfechtbarkeit, also die Lösung des Bundesrates, zu übernehmen.

Comby Bernard (R, VS), rapporteur: A cet article 10, il y a deux propositions, la première est la proposition de la minorité von Felten et concerne l'alinéa 1er. La majorité de la commission a décidé de la repousser par 12 voix contre 9.

Je tiens à préciser ici également qu'il s'agit de la protection contre le congé comme mesure de rétorsion, et non pas contre le congé discriminatoire. A cet alinéa 1er de l'article 10, la majorité de la commission propose de suivre le projet du Conseil fédéral, qui prévoit que la résiliation du contrat de travail par l'employeur est annulable, et non pas nulle comme le souhaite la minorité von Felten, lorsqu'elle ne repose pas sur un motif justifié. L'annulabilité permet une justification, de la part de l'employeur, et comme l'a relevé M^{me} Stamm Judith, c'est une bonne disposition permettant d'assurer la qualité dans les rapports de travail. La nullité ne le permettrait pas. Il faut savoir en outre que la procédure introduite contre une discrimination peut durer longtemps.

Pour ces raisons, au nom de la majorité de la commission, je vous propose de repousser la proposition de la minorité von Felten.

Koller Arnold, Bundesrat: Es geht um die Frage des qualifizierten Kündigungsschutzes oder, kürzer ausgedrückt, des Schutzes vor sogenannten Racheekündigungen, wenn einer Arbeitnehmerin oder einem Arbeitnehmer gekündigt wird, nur weil sie oder er innerbetrieblich oder auch in Klageform eine Diskriminierungsklage geltend macht. Über die Notwendigkeit dieses qualifizierten Kündigungsschutzes sind wir uns einig. Es geht nur noch um die Frage der adäquaten Sanktion. Der Bundesrat und die Mehrheit der Kommission sind der Meinung, dass die Anfechtbarkeit, übrigens gleich wie im heutigen Mietrecht, die richtige Sanktion ist, weil Nichtigkeit als Sanktion nur dort gerechtfertigt ist, wo es sich um klare Fälle handelt.

Nichtigkeit soll von sich aus wirken, ohne richterliches Urteil, und gerade in diesen Fragen wird im Normalfall nicht von vornherein klar sein, ob es sich um eine unberechtigte Racheekündigung handelt oder nicht. Deshalb ist die Rechtsfolge der Anfechtbarkeit jener der Nichtigkeit vorzuziehen.

Ich bitte Sie, der Mehrheit und dem Bundesrat zuzustimmen.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit	81 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	50 Stimmen

Abs. 2 – Al. 2

Bühlmann Cécile (G, LU), Sprecherin der Minderheit: Der fehlende Kündigungsschutz ist nebst der fehlenden Beweislast-erleichterung und dem fehlenden Verbandsbeschwerderecht ein weiterer gewichtiger Grund, weshalb bisher so wenig Lohnklagen erhoben worden sind, obwohl das verfassungsmässige Recht dazu ja seit 1981 besteht und die Lohndiskriminierung frappant gross ist. Ich kann das nur wiederholen, wir haben es mehrmals gehört. Dadurch, dass den Frauen nicht gerechte Löhne bezahlt worden sind, sind seit 1981 in der Schweiz 226 Milliarden Franken auf dem Buckel der Frauen gespart worden! Ich kann nur staunen, wie sich Herr Scherrer Jürg als Winkelried der Wirtschaft in die Bresche wirft und das einfach nicht wahrhaben will. Noch mehr staunen muss ich darüber, dass sich die wirklichen Arbeitgebervertreter im Saal nicht von diesem Image distanzieren, dass sie nur eine Zukunft hätten und weiter existieren könnten, wenn sie Frauen diskriminieren.

Personen, die sich gegen eine Diskriminierung wehren, sei das nun im Bereich der Aufgabenzuteilung, der Gestaltung der Arbeitsbedingungen, des Lohnes, der Aus- und Weiterbildung, der Beförderung und Entlassung, sollen vor Racheekündigungen geschützt werden. Leider haben wir diesen Schutz im Bereich der Anstellung bei Artikel 4 hinausgekippt.

Der Kündigungsschutz ist im Entwurf des Bundesrates leider etwas mager ausgefallen, hätten doch die Frauenorganisationen statt der blossen Anfechtbarkeit einer Racheekündigung deren Nichtigkeit gewollt – darüber haben wir soeben abgestimmt; leider ist auch das herausgefallen –, und, das ist der Inhalt des Minderheitsantrages, sie hätten eine Kündigungsfrist von zwölf statt nur sechs Monaten über das Ende eines innerbetrieblichen Beschwerdeverfahrens oder eines Gerichtsverfahrens hinaus gewollt. Eine Kündigungsfrist von nur sechs Monaten ist zu kurz, um eine durch ein solches Verfahren allenfalls belastete Beziehung zwischen Arbeitnehmerin und Arbeitgeber wieder zu normalisieren. Es besteht die Gefahr, dass nach Ablauf dieser zu kurzen Zeit dann doch noch eine Racheekündigung erfolgen kann.

Im Vernehmlassungsentwurf des Bundesrates war denn auch noch eine Kündigungsfrist von zwölf Monaten vorgesehen. Das war in der Vernehmlassung – ausser von den notorischen Gegnern der Vorlage – kaum bestritten. Es ist deshalb unverständlich, wieso der Bundesrat im nachhinein auf eine Kündigungsfrist von nur sechs Monaten gekommen ist.

Selbst die FDP hat in ihrer Vernehmlassung folgendes geschrieben: «Die Frist von einem Jahr wird ausdrücklich unterstützt, denn nur so dient sie dem Weiterbestand des Arbeitsverhältnisses.»

Weder die CVP noch die SVP äusserten sich in ihren Vernehmlassungen negativ über die Kündigungsfrist von zwölf Monaten. Herr Bundesrat, zwölf Monate waren einfach kein Thema, deshalb verstehen wir nicht, wem gegenüber Sie hier eine Konzession machen wollen. Es wäre gar nicht nötig gewesen. Deshalb bittet Sie die Minderheit, wieder auf die Kündigungsfrist von zwölf Monaten zurückzukommen und ihren Antrag zu unterstützen.

Stamm Judith (C, LU), Berichterstatterin: Die Kommission hat mit 13 zu 9 Stimmen entschieden, dem Entwurf des Bundesrates zuzustimmen. Sie hat sich bei der Abwägung dieser Frage – zwölf Monate oder sechs Monate? – auf den Standpunkt gestellt, für die kürzere Frist zugunsten des Betriebes sowie der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber zu votieren.

Koller Arnold, Bundesrat: Es geht hier um die Dauer des sogenannten qualifizierten Schutzes gegenüber Rache kündigungen.

Ich möchte Sie bitten, dem Antrag der Mehrheit der Kommission zuzustimmen. Dieser Antrag stellt einen Kompromiss aufgrund der Vernehmlassung dar. Einige Stellungnahmen wollten noch weiter gehen, aber der Schutz betrifft schon das ganze Verfahren, das in komplizierten Fällen doch eine beträchtliche Länge aufweisen kann. Deshalb ist diese mittlere Lösung hier angebracht.

Ich möchte Sie also bitten, der Mehrheit und dem Bundesrat zuzustimmen.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit
Für den Antrag der Minderheit

85 Stimmen
52 Stimmen

Abs. 3–5 – Al. 3–5

Angenommen – Adopté

Art. 11

Antrag der Kommission

Abs. 1, 2

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 2bis (neu)

Durch Gesamtarbeitsvertrag kann die Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Arbeitnehmerverbänden und einzelnen Arbeitgebern unter Ausschluss der staatlichen Schlichtungsstellen auf im Vertrag vorgesehene Organe übertragen werden.

Abs. 3, 4

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 11

Proposition de la commission

Al. 1, 2

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 2bis (nouveau)

La tâche de concilier les associations de travailleurs et des employeurs individuels peut être confiée, par convention collective, à des organes prévus par la convention en excluant le recours à des offices de conciliation publics.

Al. 3, 4

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 12

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 13

Antrag der Kommission

Abs. 1, 3–5

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 2

Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Minderheit

(Sandoz, Reimann Maximilian, Scherrer Jürg, Vetterli)

Streichen

Antrag Sandoz

4. Abschnitt Titel

Rechtsschutz bei öffentlich-rechtlichen Arbeitsverhältnissen des Bundes

Abs. 4

Streichen

Art. 13

Proposition de la commission

Al. 1, 3–5

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 2

Majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Minorité

(Sandoz, Reimann Maximilian, Scherrer Jürg, Vetterli)

Biffer

Proposition Sandoz

Section 4 titre

Voies de droit en cas de rapports de travail de droit public fédéral

Al. 4

Biffer

Abs. 1, 3, 5 – Al. 1, 3, 5

Angenommen – Adopté

Abs. 2 – Al. 2

Angenommen gemäss Antrag der Minderheit

(vgl. Entscheid bei Art. 3 Abs. 2)

Adopté selon la proposition de la minorité

(voir décision à l'art. 3 al. 2)

Abs. 4 – Al. 4

Sandoz Suzette (L, VD): Je précise d'emblée que, en ce qui concerne l'alinéa 2, il a été biffé par les décisions prises en relation avec la proposition de minorité Ducret, ce n'est donc pas du tout de cela qu'il s'agit.

Ma proposition concerne une modification du titre de la section. Je vous propose d'ajouter à ce titre la précision droit public «fédéral».

Nous nous trouvons là, en ce qui concerne cette section, devant une nouvelle anticonstitutionnalité de la loi. En effet, si vous examinez le contenu de l'alinéa 1er, vous y trouvez la phrase suivante: «Les voies de droit» – c'est-à-dire la procédure et les recours – «en cas de rapports de travail de droit public sont régies par les dispositions générales sur la procédure fédérale.» Or, il s'agit aussi du droit public cantonal. Nous ne pouvons pas admettre que la procédure cantonale soit modifiée simplement par une phrase de cet article 13 alinéa 1er, alors qu'en cette matière la procédure est cantonale. Il va de soi que les voies de droit, en cas de rapports de travail de droit public fédéral, sont régies par le droit fédéral, mais en ce qui concerne le droit cantonal, ça n'entre pas en considération. Je pense indispensable de préciser qu'il s'agit du droit public fédéral pour qu'il n'y ait pas de doute puisque nous ne savons jamais très bien dans cette loi si nous avons affaire à du droit public fédéral ou à du droit public cantonal.

Dès lors, ma proposition individuelle doit être complétée en ce sens que l'on peut biffer l'alinéa 4, qui n'a de raison d'être que si l'on applique l'article 13 et au droit public cantonal et au droit public fédéral. Si on ne l'applique qu'au droit public fédéral, la précision de l'alinéa 4 n'est plus nécessaire, c'est donc simplement une question d'ordre et de logique.

Nous ne pouvons pas tolérer qu'en une petite phrase, sous prétexte d'égalité, on supprime un principe constitutionnel essentiel, à savoir que la procédure est du droit cantonal, d'où la nécessité, pour éviter cette anticonstitutionnalité, d'ajouter au titre de la section 4 la précision droit public «fédéral». Vous constaterez qu'en cela je ne change pas le contenu de l'article. Encore une fois, biffer l'alinéa 4 c'est simplement logique, à partir du moment où l'on a précisé qu'il s'agissait de droit public fédéral.

Je pense que cette honorable assemblée aura à cœur de ne pas utiliser à nouveau le prétexte de l'égalité pour violer la constitution.

Koller Arnold, Bundesrat: Frau Sandoz nimmt hier in neuer Form einen Antrag wieder auf, über den wir bei Artikel 2 dieses Gesetzentwurfes schon entschieden haben. Es geht ihr darum, dass dieses Gesetz nicht nur auf privatrechtliche, sondern auch auf öffentlich-rechtliche Anstellungsverhältnisse, und zwar von Bund und Kantonen, anwendbar ist. Das ist das eine.

Andererseits ist es klar, dass der Rechtsschutz in bezug auf kantonale Angestellte nach dem kantonalen Recht erfolgt. Das setzen wir als selbstverständlich voraus und haben es hier, weil es eine rein deklaratorische Bedeutung hätte, nicht mehr repetiert. Hingegen waren wir dafür zuständig, den Rechtsschutz für die öffentlich-rechtlich angestellten Bundesangestellten zu regeln; deshalb finden Sie diesbezüglich eine ausdrückliche Norm.

Ich sehe keine Unklarheit und bitte Sie, den Antrag Sandoz abzulehnen.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit

77 Stimmen

Für den Antrag Sandoz

58 Stimmen

4bis. Abschnitt (neu)

Antrag Misteli

Titel

Aufträge und Subventionen der öffentlichen Hand

Art. 13bis (neu)

Antrag Misteli

Abs. 1

Der Bund berücksichtigt bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen nur Unternehmen, welche die Anforderungen des Gleichstellungsgesetzes erfüllen.

Abs. 2

Der Bund berücksichtigt ausserdem beim Zuschlag der in Frage kommenden Unternehmen deren Förderungsprogramme zur Gleichstellung von Frau und Mann.

Art. 13ter (neu)

Antrag Misteli

Abs. 1

Der Bund stellt sicher, dass sämtliche Subventionsempfänger die Anforderungen des Gleichstellungsgesetzes einhalten.

Abs. 2

Insbesondere sind Subventionsempfänger anzuhalten, Förderungsprogramme zur Gleichstellung von Frau und Mann zu betreiben.

Abs. 3

Bei Nichteinhaltung der Absätze 1 und 2 können Subventionen gestrichen oder sistiert werden.

Section 4bis (nouvelle)

Proposition Misteli

Titre

Mandats et subventions des pouvoirs publics

Art. 13bis (nouveau)

Proposition Misteli

Al. 1

Lors de l'adjudication de mandats publics, la Confédération ne prend en considération que les entreprises qui remplissent les exigences de la loi sur l'égalité.

Al. 2

En outre, lors de l'attribution des commandes, la Confédération tient compte des programmes d'encouragement de l'égalité entre femmes et hommes mis en oeuvre par les entreprises retenues.

Art. 13ter (nouveau)

Proposition Misteli

Al. 1

La Confédération s'assure que tous les bénéficiaires de subventions respectent les exigences de la loi sur l'égalité.

Al. 2

Il y a en particulier lieu d'exhorter les entreprises à mettre en oeuvre des programmes d'encouragement de l'égalité entre femmes et hommes.

Al. 3

En cas de non-observation des dispositions des alinéas 1er et 2, les subventions peuvent être supprimées ou suspendues.

Misteli Marguerite (G, SO): Thematisch passt mein Anliegen, die Gleichstellungsgesetzgebung ebenfalls auf die Submissions- und Subventionspolitik des Bundes zu erweitern, in keinen Artikel und auch in keinen Abschnitt. Deshalb schlage ich Ihnen mit meinem Antrag vor, einen neuen Abschnitt 4bis, «Aufträge und Subventionen der öffentlichen Hand», mit den entsprechenden neuen Artikeln 13bis zur Submissionspolitik und 13ter zur Subventionspolitik zu schaffen.

Zuerst werde ich über die generellen Gründe sprechen, welche mich bewogen haben, diesen Abschnitt für das Gleichstellungsgesetz vorzuschlagen; nachher werde ich auf jeden der beiden Artikel zu sprechen kommen.

Der vorliegende Gesetzentwurf beschränkt sich in seinen hauptsächlichlichen Elementen auf die Verhinderung der Diskriminierung im Erwerbsleben. Einzig der 5. Abschnitt, «Finanzhilfen» – mit den Bestimmungen zu den Förderungsprogrammen und den Beratungsstellen –, und der 6. Abschnitt, der das Gleichstellungsbüro betrifft, setzen bei den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen der Geschlechterdiskriminierung an. Der vorliegende Gesetzentwurf schöpft aber überhaupt nicht alle Möglichkeiten des Bundes zur Beschleunigung der Gleichstellung aus, weder im Erwerbsleben noch in den über das Erwerbsleben hinausgehenden Förderungsmaßnahmen. Eine dieser Möglichkeiten schlage ich Ihnen mit meinem Antrag vor, nämlich, dass der Bund in den Bereichen, in welchen er einen direkten Einfluss nehmen kann, in welchen er öffentliche Gelder ausgibt – und das ist im Submissions- und Subventionswesen der Fall –, diese öffentlichen Gelder gezielt zur Verbesserung der Gleichstellung einsetzen soll.

Zuerst die Erläuterungen zu einer die Gleichstellungspolitik unterstützenden Submissionspolitik in Artikel 13bis (neu): Der Bund mit seinen Regiebetrieben macht jährlich Einkäufe von über zehn Milliarden Franken. Der Bund ist der grösste Einkäufer der Schweiz, und er ist ein guter Auftraggeber, denn er zahlt pünktlich und macht keine faulen Tricks. Der Bund verbaut im Jahr ebenfalls mehrere hundert Millionen Franken. Auch das Baugewerbe, vorläufig noch eine Männerdomäne, ändert sich heute stark. Ich sehe nicht ein, weshalb neue Bautechniken, Zulieferungsindustrien, Umweltverträglichkeitsprüfungen usw. nicht der Gleichstellung verpflichtet werden sollen – dort, wo sie berechtigt sind.

Obwohl ich die Anwendung der Gleichstellungsgesetzgebung auf die Einkaufs- und Submissionspolitik eigentlich eine Selbstverständlichkeit finde, glaube ich, dass es eine grosse Folgewirkung hätte, wenn wir sie im Gesetz verankerten. Zudem würde sie auf Freiwilligkeit beruhen, denn kein Unternehmen muss dem Bund Offerten für Aufträge unterbreiten.

Absatz 2 von Artikel 13bis (neu) weist den Bund ausserdem an, als zusätzliches Kriterium die Anstrengungen der in Frage kommenden Unternehmen in bezug auf Förderungsprogramme zur Gleichstellung zu honorieren.

Wir sollten eigentlich ein Gesetz für die nächsten zehn, zwanzig Jahre beschliessen. Im Laufe unserer Beratungen ist der Gesetzentwurf zwar in grossem Ausmass verwässert worden. Trotzdem hätten wir es in der Hand, durch die Submissionspolitik des Bundes mit positiven Massnahmen die Gleichstellung zu fördern.

Hinter diesen positiven Massnahmen steht die Idee des aktiven Austausches von Leistung und Gegenleistung zwischen Staat und Unternehmen. Diese Idee ist eine marktwirtschaftliche Idee, sie ist kompatibel mit dem Gatt, mit Europa und mit was auch immer und wird zum Beispiel in den USA und Kanada seit den siebziger Jahren mit grossem Erfolg praktiziert. Zudem können die Förderungsmaßnahmen, wie in den USA, so ausgestaltet werden, dass deren Durchführung die öffentliche Hand sozusagen nichts kostet. Nachweis und Berichterstattung über den Erfolg der Förderungsmaßnahmen kön-

nen Angelegenheit des Unternehmens sein. Der Staat macht Stichproben.

Der Katalog der Förderungsmassnahmen ist im folgenden Artikel 14 des Entwurfs aufgelistet. So könnte der Bund zum Beispiel seine Aufträge Unternehmen zusprechen, welche Förderungsprogramme zur Gleichstellung mit innovativem Charakter in Richtung Arbeitsteilung vorweisen. Dies wäre eine geübte Verbindung von verbesserter Chancengleichheit für Mann und Frau mit gleichzeitiger Wirtschaftsförderung durch den Bund.

Artikel 13ter (neu) gemäss meinem Antrag wendet die Gleichstellungsgesetzgebung auch auf die Subventionsausgaben des Bundes an; denn Gleichstellung ist ein Grundrecht, und dieses Grundrecht ist in den Bereichen, welche im Gleichstellungsgesetz geregelt werden, auch auf die Subventionen anwendbar. Wenn eine Subvention nichts mit dem hier beschlossenen Rechtsbereich zu tun hat, ist sie auch nicht davon betroffen. Weshalb kann der Bund nicht von den von ihm subventionierten Hochschulen oder Randregionen verlangen, dass diese wenigstens ihre Strukturen bezüglich der Geschlechterdiskriminierung bereinigen, wenn sie schon durch öffentliche Gelder unterstützt werden? Insbesondere müssen die in Frage kommenden Subventionsempfängerinnen und -empfänger aktiv, mit positiven Massnahmen, die durch die Geschlechterdiskriminierung verzerrten Wirtschafts- und Sozialstrukturen zu bereinigen versuchen. Dies verlangt Absatz 2 von Artikel 13ter (neu). Denn wie sagte doch Gary Becker, einer der vielen Nobelpreisträger in Ökonomie: «Diskriminierung kann Mann sich leisten.»

Die Schweiz kann aber heute nicht mehr auf das Potential der Frauen verzichten; sie kann in Zukunft immer weniger auf dieses Potential verzichten, wenn sie noch wettbewerbsfähig bleiben will. Die reaktiven wie die aktiven Massnahmen im Subventionsbereich zur Durchsetzung der Gleichstellung gehören in den USA ebenfalls zu den erfolgreichen Massnahmen. Die zu befürchtende Streichung oder Rückstellung von Bundessubventionen hat zum Beispiel an den Universitäten schnell Verbesserungen in bezug auf die Anstellung von mehr Frauen auf allen Stufen gebracht.

In bezug auf Förderungsmassnahmen bringt der vorliegende Gesetzentwurf sehr bescheidene Verbesserungen. Die vorgeschlagene Ausdehnung der Gleichstellungsgesetzgebung auf die Submissions- und Subventionspolitik würde dem Gleichstellungsgedanken im Erwerbsleben generell stärker zum Durchbruch verhelfen. Die damit verbundenen positiven Massnahmen oder «affirmative actions», wie sie in den USA heissen, könnten auch für die Schweiz wirksame Förderungsmassnahmen in privaten und halbstaatlichen Unternehmen und bei Subventionsempfängern und Subventionsempfängerinnen sein, ohne dass sie dem Bund grosse Mehrkosten verursachen.

Ich bitte Sie, meinem Antrag zuzustimmen, und beantrage Ihnen, über Artikel 13bis und 13ter einzeln abzustimmen. Es steht zwar hinter beiden eine ähnliche Philosophie. Sie betreffen aber doch je eigene Sachbereiche.

Stamm Judith (C, LU), Berichterstatterin: Auch als Sprecherin der Kommission muss ich der Antragstellerin – der Antrag lag in der Kommission nicht vor – attestieren, dass ihr Antrag einer der effizientesten wäre, um der Gleichstellung relativ rasch zum Durchbruch zu verhelfen. Aber weder die Kommission noch Ihr Plenum wollen das Maximum an Effizienz in diesem Gesetz, denn Sie haben bis jetzt ein Gleichstellungsgesetz erlassen, das vor allem den Ansprüchen der Praktikabilität für Arbeitgeberinnen und -geber entgegenkommen will.

Das Konzept von Frau Misteli würde dem Konzept des Bundesrates und der Mehrheit der Kommission, wie es bis jetzt zum Durchbruch gekommen ist, widersprechen. Der Bundesrat wollte vor allem die Instrumente zur Verfügung stellen und dann Arbeitnehmerinnen und -nehmer und die entsprechenden Verbände kämpfen lassen. Mit dem Konzept von Frau Misteli würde der Bund selbst eingreifen.

Auch aus diesem Grund – nicht im Namen der Kommission, denn wir haben diese Problematik nicht durchdiskutiert, aber im Sinne der Kommissionsberatungen – empfehle ich Ihnen,

die beiden Anträge Misteli zu Artikel 13bis (neu) und Artikel 13ter (neu) abzulehnen.

Comby Bernard (R, VS), rapporteur: La proposition Misteli peut paraître séduisante à certains égards mais, Madame Misteli – vous le savez comme moi –, le mieux est parfois l'ennemi du bien. Il faut certes promouvoir l'égalité des droits entre les femmes et les hommes, toutefois il n'est pas opportun d'introduire ici de nouvelles conditions, soit à l'adjudication des travaux ou des mandats publics, soit à l'octroi de subventions publiques.

En effet, si j'interprète l'esprit des discussions que nous avons eues au sein de la commission, la majorité de la commission estime qu'une stratégie de la persuasion est meilleure qu'une stratégie de la contrainte.

Par ailleurs, pour des raisons pratiques, je pense qu'il est préférable de refuser la proposition Misteli.

Koller Arnold, Bundesrat: Frau Misteli nimmt hier ein Problem auf, das tatsächlich auch schon im Bericht der Arbeitsgruppe «Lohngleichheit» behandelt worden ist. Ich spreche den postulierten Forderungen nicht jede Legitimation ab, vor allem dort nicht, wo es wirklich nur darum geht, dass im Bereich der öffentlichen Beschaffung tatsächlich der Kerngehalt dieses Gesetzes eingehalten wird. Ich hätte dann aber dort Bedenken, wo Sie darüber hinausgehen und den Staat zu sogenannt positiven Förderungsprogrammen oder wenigstens zu deren Belohnung verpflichten.

Das ganze Problem gehört aber unseres Erachtens nicht in dieses Gesetz. Dieses Gesetz regelt vor allem die Rechtsverhältnisse zwischen den Arbeitnehmerinnen und den Arbeitgebern – oder umgekehrt (geschlechtsneutral!). Insofern wäre eine systematische Regelung dieser Problemkreise in diesem Gesetz sicher ein Fremdkörper. Ich weiss aber, dass dieser Problemkreis im Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement im Rahmen des Bundesgesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen zurzeit analysiert wird. Dieses wird Ihnen im Rahmen der Gatt-Botschaft dann unterbreitet.

Ich muss Sie daher bitten, diese Anträge hier abzulehnen, weil sie am falschen Ort gestellt werden und zum Teil auch über das Ziel hinaus schiessen.

4bis. Abschnitt, Art. 13bis – Section 4bis, art. 13bis

Abstimmung – Vote

Für den Antrag Misteli
Dagegen

57 Stimmen
97 Stimmen

Art. 13ter

Abstimmung – Vote

Für den Antrag Misteli
Dagegen

56 Stimmen
96 Stimmen

Art. 14

Antrag der Kommission

Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Minderheit

(Sandoz)

Streichen

Antrag Gonseth

Abs. 1

.... Gleichstellung von Frau und Mann durchführen, Finanzhilfen gewähren. Er kann

Antrag Robert

Abs. 2 Bst. bbis (neu)

b bis. die Umverteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit zu fördern;

Eventualantrag Aubry

(falls der Antrag der Minderheit abgelehnt wird)

Abs. 2 Bst. d

Streichen

Art. 14*Proposition de la commission**Majorité*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Minderheit

(Sandoz)

Biffer

*Proposition Gonseth**Al. 1*

.... l'égalité entre femmes et hommes. Elle

*Proposition Robert**Al. 2 let. bbis (nouvelle)*

b bis. l'encouragement à une meilleure répartition entre travail rémunéré et non rémunéré;

Proposition subsidiaire Aubry

(au cas où la proposition de minorité est rejetée)

Al. 2 let. d

Biffer

Sandoz Suzette (L, VD), porte-parole de la minorité: J'étais de celles qui, au Grand Conseil vaudois, ont toujours favorisé les mesures qui pouvaient être prises en matière de réinsertion professionnelle, parce que je considérais que c'est une des manières d'assurer l'égalité et, notamment, de favoriser les personnes qui, après avoir accompli un certain nombre de tâches familiales, veulent reprendre une activité professionnelle. Par conséquent, dans les programmes d'action, vous trouverez que j'ai fait des propositions.

En revanche, lorsque je constate ce que prévoit l'article 14, je n'ai aucun scrupule à vous proposer de le biffer. Pourquoi? Vous constaterez que cet article promet une aide financière de la Confédération. Nous savons pourtant qu'en ce moment cet article n'est qu'un miroir aux alouettes, mais nous sommes en train de légiférer pour l'avenir et non pour le présent immédiat. Seulement, il se trouve que nous avons fait de manière cuisante l'expérience de ce que sont les promesses financières de la Confédération. Que se passe-t-il? La Confédération a tout à coup un petit peu d'argent: on connaît les parlementaires, ils trouvent que ce sont des mesures très démagogiques, par conséquent, on vote quelques dépenses et, en général, la Confédération les subordonne à des dépenses cantonales et à un effort propre des entreprises concernées. Ensuite, la Confédération prétend ne plus avoir d'argent et supprime ce qu'elle avance. Elle doit, par exemple, 65 millions de francs au canton de Vaud dans un domaine où elle avait pris l'engagement de payer certaines choses; ce sont donc les contribuables cantonaux qui continuent de payer. Puis, le canton qui a des difficultés financières supprime son aide, ce qui cause alors simplement des difficultés financières éventuelles aux personnes qui ont engagé certains de ces prétendus programmes.

Le plus mauvais service que nous puissions rendre est de promettre des aides financières, parce qu'au moindre problème ces aides financières sont retirées, alors que tout le travail, tout ce qui est prévu comme plan est déjà mis sur pied. Ce qui serait tout à fait pensable, mais c'est alors essentiellement de la compétence cantonale, ce sont les incitations fiscales, avec des allègements fiscaux pour les entreprises qui assurent certains programmes favorisant l'égalité. A ce moment-là, lorsque la collectivité a des problèmes, la fiscalité ne va pas être modifiée de la même manière que la suppression des aides financières, et l'économie, en matière fiscale, est beaucoup plus incitative que l'appât momentané d'un gain fallacieux. Parce que l'article 14 est un miroir aux alouettes, dans la mesure où il propose une aide financière, je vous demande, dans l'intérêt des entreprises mêmes qui accompliraient certains programmes, de ne pas le voter, parce que vous préparez simplement de terribles difficultés pratiques sitôt qu'il y aura un petit problème financier sur le plan fédéral.

De surcroît, j'attirerai votre attention sur l'alinéa 1er qui dit «aides financières à des organisations publiques ou privées qui mettent sur pied des programmes». Qu'est-ce que c'est que des «organisations»? Est-ce que ce sont des entreprises ou

est-ce que ce sont des «trucs» qui réfléchissent à mettre sur pied des programmes théoriques? Il y a déjà un premier point sur le plan de l'efficacité des avances financières. Quant aux mesures qui sont envisagées par ces programmes, vous constaterez naturellement que l'on envisage les quotas à la lettre b, et que, à la lettre d, on envisage la mise en place dans l'entreprise d'une forme d'organisation de travail, etc.

Je ne sais pas comment se feront ces contrôles, mais l'article 14 est un miroir aux alouettes dont, une fois de plus, les premières personnes à en souffrir seront les femmes. Je vous demande donc de le biffer.

Gonseth Ruth (G, BL): Frau und Mann sollen die Chance zu einer ganzheitlichen Lebensgestaltung erhalten. Gemäss Verfassungsauftrag muss der Gesetzgeber für die Gleichstellung nicht nur im Erwerbsleben, sondern in allen Lebensbereichen sorgen. Diesem weit gefassten Auftrag haben Sie letzte Woche mit grossem Mehr bei Artikel 1, dem Zweckartikel dieses Gesetzes, zugestimmt. Sowohl die Kommissionssprecherin als auch Bundesrat Koller haben klar zum Ausdruck gebracht, dass das vorliegende Gesetz zwar schwergewichtig die Gleichstellung im Berufsleben fördere, eine Beschränkung allein auf das Erwerbsleben aber eine grosse Einengung bedeuten und dem Verfassungsauftrag nicht umfassend nachkommen würde.

Förderungsprogramme zur Gleichstellung von Frau und Mann greifen daher zu kurz, wenn sie einseitig nur auf das Erwerbsleben ausgerichtet sind, wie es in Artikel 14 Absatz 1 von Bundesrat und Mehrheit vorgesehen wird. Der bundesrätliche Entwurf engt die Entscheidungsmöglichkeit für zahlreiche Projekte ein, bei denen es Schnittstellen zu anderen Lebensbereichen gibt. Ich beantrage daher, die Einschränkung auf das «Erwerbsleben» zu streichen, damit innovative Gleichstellungsprojekte für alle gesellschaftlichen Bereiche finanziell unterstützt werden können. Dies braucht es unbedingt, um den notwendigen Paradigmenwechsel zu fördern.

Herr Bundesrat Koller, ich habe in der Diskussion – jedenfalls bisher – nicht von Ihnen gehört, dass ein weiteres Gleichstellungsgesetz geplant ist, welches dann mit Förderungsprogrammen die tatsächliche Gleichstellung ausserhalb des Erwerbslebens in die Tat umsetzen soll. Mein Antrag ist daher nötig, um der Durchsetzung des Verfassungsauftrages jetzt und umfassend nachkommen zu können.

Mit Artikel 16 geben wir dem Eidgenössischen Büro für die Gleichstellung den Auftrag, sich für die Gleichstellung von Frau und Mann in allen Lebensbereichen einzusetzen. Die Rechte und Pflichten dieses Büros gehen ja über den Bereich des Erwerbslebens hinaus. Es kann sich zum Beispiel gemäss Artikel 16 Absatz 2 Buchstabe d auch an Projekten von gesamtschweizerischer Bedeutung beteiligen und gemäss Buchstabe f prüft es auch die Gesuche um Finanzhilfe.

Bei diesen Projekten wird es sehr viele Schnittstellen zwischen Gleichstellung im Erwerbsleben und in anderen gesellschaftlichen Bereichen, beispielsweise Familie, Erziehung, Weiterbildung, Wissenschaft und Kultur, geben. Schliesslich muss ja auch das Thema einer gerechten Neuverteilung der unbezahlten Arbeit, der sozialen und gemeinnützigen Arbeit, weiterbearbeitet werden.

Mit meinem Antrag soll also die gemäss Verfassungsauftrag unzulässige Einengung der Förderungsprogramme allein auf das Erwerbsleben wegfallen. Die offene Fassung meines Antrages ist nötig, damit auch wir Schweizerinnen und Schweizer den überfälligen Schritt zu einer solidarischen, gleichgestellten Gemeinschaft zwischen Frau und Mann in allen Lebensbereichen etwas weniger schwerfällig und weniger knorzig tun können.

Ich bitte Sie daher, meinem Antrag zuzustimmen.

Aubry Geneviève (R, BE): Sous la lettre d de l'alinéa 2 de l'article 14, nous trouvons un point de la loi exprimé comme suit: «d. la mise en place dans l'entreprise d'une forme d'organisation du travail ou d'une infrastructure favorisant l'égalité entre les sexes.» Ceci dans le cadre d'un programme. Mais, je me demande comment en commission on a pu laisser passer un tel article, même sous la forme d'un conseil!

Peut-on imaginer qu'un programme qui sera mis sur pied ne restera pas indépendant de l'administration? Et ce sera donc par le biais de l'administration qu'on va organiser une usine, ou un bureau, ou un commerce afin qu'il y ait une égalité à la mesure de ce soi-disant ou de cette soi-disant expert. C'est une intrusion pure et simple dans le domaine appartenant soit à un privé soit au domaine public, je pense donc à l'administration. Cela dépasse ce qu'on peut se représenter. J'ose espérer que cette intrusion de la Confédération, prévue à l'article 14 alinéa 2 lettre d, aura le sort qu'elle mérite, soit le refus par le Parlement.

Car cela devient dangereux lorsque l'Etat met son nez dans l'économie privée. On préférera, Mesdames – et ceci me semble une évidence –, ne plus accepter de femmes dans les ateliers ou les bureaux. Ou, alors, on évitera d'engager des femmes. C'est un nouveau cas de discrimination à leur égard et je m'y refuse. Je vois encore plus loin: il faudra modifier des places de travail selon la personne qui sera la déléguée chargée de faire appliquer ces programmes émanant de la Confédération. Ce sont des tracasseries inutiles, du temps perdu, car on n'a pas mesuré la portée de cette lettre d. C'est un risque que le Bureau fédéral de l'égalité entre femmes et hommes prenne ces programmes à sa charge et nous envoie des soi-disant experts en planification d'industrie.

Je ne m'oppose pas aux autres alinéas. J'émet de grands doutes, car nous n'en avons plus les moyens financiers. Ces programmes projetés sont une utopie. Je reprendrai le terme de M^{me} Sandoz, «c'est un miroir aux alouettes», et j'ai peur de ce miroir aux alouettes qu'on présente aux femmes.

Mesdames, en conclusion, j'aimerais vous dire une chose: ne chargez pas le bateau, ne chargez pas cette loi. Nous sommes en période de chômage. Ce chômage, comme vous avez pu l'entendre l'autre jour dans les débats sur l'économie et hier encore, ne va pas en régressant. Donc, gardez une position de force et pas une position surchargée de deux valises parce que l'on vous parle d'égalité, mais l'égalité ce n'est pas toujours ça, c'est aussi une certaine responsabilité de soi-même et des autres.

Robert Leni (G, BE): Ich möchte festhalten, dass es in Artikel 14 Absatz 2 Buchstabe d um Förderungsprogramme geht und in Buchstabe b um die Förderung einer ausgewogeneren Vertretung der Geschlechter in den verschiedenen Berufen, Funktionen und Führungsebenen.

Das heisst aber auch, dass es um die Förderung der Umverteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit gehen muss; das ist ebensowichtig und ein spezieller Aspekt dieser ganzen Thematik. Heute ist es ja so, dass im Prinzip Männer die bezahlte Arbeit machen und Frauen die unbezahlte.

Die Uno-Formel, wonach die Frauen weltweit zwei Drittel der Arbeit leisten, einen Zehntel des Einkommens erwirtschaften und einen Hundertstel des Vermögens besitzen, gilt auch bei uns. Die Männer verrichten in der Regel die bezahlte Arbeit und die Frauen die unbezahlte.

Dort, wo auch Frauen bezahlte Arbeit leisten, machen Männer die besser bezahlte und Frauen die schlechter bezahlte Arbeit. Wo es um die unbezahlte Arbeit geht, ist es so, dass zwar auch Männer unbezahlte Arbeit leisten – aber karrierefördernde unbezahlte Arbeit, Arbeit in Organisationen und Vereinen, die ihnen für ihren beruflichen und politischen Aufstieg dient, wo sie eine Hausmacht aufbauen können, die ihre Karriere finanziell und prestigemässig unterstützt. Die unbezahlte Arbeit der Frauen hingegen ist im allgemeinen karrierebehindernde Arbeit. Frauen machen die Betreuungsarbeit für Kinder, für Betagte, Pflegearbeit und gemeinnützige Vereinsarbeit, die ihnen den Einstieg ins Erwerbsleben nicht erleichtert und für den Aufstieg im Beruf nichts als Negativpunkte einbringt.

Dieser besondere Aspekt – dass es auch gilt, eine bessere Umverteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit herbeizuführen – gehört meines Erachtens als wesentlicher Aspekt der ganzen Problematik expressis verbis in diesen Artikel.

Ich bitte Sie deshalb, meinen Antrag (Abs. 2 Bst. bbis [neu]) zu unterstützen.

Misteli Marguerite (G, SO): Die grüne Fraktion lehnt sowohl den Antrag der Minderheit Sandoz ab, den ganzen Artikel 14 zu streichen, wie auch den Eventualantrag Aubry auf Streichung von Absatz 2 Buchstabe d. Hingegen unterstützen wir die Anträge Gonseth und Robert.

Mit diesem Artikel versucht das Gesetz über den engen Begriff der Diskriminierung im Erwerbsleben hinaus bei den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen anzusetzen. Der Antrag Gonseth verstärkt diese Tendenz, indem er die Förderungsprogramme explizit nicht nur auf das Erwerbsleben beschränken will. Der Antrag Robert setzt an einer der wesentlichen Ursachen der Diskriminierung der Frauen in der Gesellschaft und im Berufsleben an.

Frau Sandoz geht in der Behandlung des Gleichstellungsgesetzes von ihrer eigenen Utopie in ihrer Welt aus, in welcher alles zum besten bestellt ist, in welcher sich alle rational verhalten, alle die gleichen Startbedingungen und Voraussetzungen haben – meiner Meinung nach eine wahrlich unhistorische Betrachtungsweise. Ich halte es eher mit Brecht und einem Vers aus einem seiner Lieder: «Wir wären gut – anstatt so roh, doch die Verhältnisse, sie sind nicht so.» Diese Verhältnisse möchten wir ändern. Denn wenn nicht aktiv Massnahmen zur Förderung der Gleichstellung ergriffen werden, wenn nichts gemacht wird, dann wird es – wie uns vor etwa einem Jahr eine Studie der Internationalen Arbeitsorganisation aufgezeigt hat – 475 Jahre dauern, bis wir die tatsächliche Gleichberechtigung zwischen Frau und Mann haben; das ist nun eindeutig zu lang.

Auch die kürzlich veröffentlichte Studie des Bundesamtes für Statistik «Auf dem Weg zur Gleichberechtigung – Frauen und Männer in der Schweiz» – aus statistischer Sicht, nicht aus feministischer Sicht – zeigt ganz klar, dass sich die Diskriminierung vor allem in der Zuordnung der unbezahlten Arbeit zeigt, in der Aufteilung der unbezahlten Arbeit zwischen Frau und Mann. Die Daten von 1991 zeigen überhaupt keine Trendwende. Die Frauen verrichten nach wie vor gleich viel unbezahlte Arbeit, und Männer verrichten nach wie vor gleich wenig unbezahlte Arbeit. Frauen verrichten aber seit 1980 zusätzlich mehr bezahlte Arbeit; ich nehme an, es sind vor allem die alleinstehenden Frauen mit Kindern, die vermehrt bezahlte Arbeit verrichten müssen, weil sie sonst nicht überleben würden. Es wäre also höchste Zeit, die Frauen von einem Teil ihrer unbezahlten Arbeit zu entlasten. Wir können auch in Zukunft nicht daran denken, diese Arbeit zu bezahlen.

Aus einer kürzlich veröffentlichten Studie kennen wir zwar den approximativen Wert dieser hauptsächlich von Frauen geleisteten Arbeit, nämlich rund 70 Milliarden Schweizer Franken im Jahr. Die Lage unserer ohnehin schon «stöhnenden» Wirtschaft würde es nicht erlauben, die Kosten dieser Arbeit zu vergüten, werden doch in diesem Bereich selten Güter produziert, welche auf unseren Märkten dann zu verwerten sind. Es geht aber um gesellschaftlich notwendige Arbeiten: Kinderbetreuung, Haushaltsarbeit, Kochen, Pflege älterer Mitmenschen usw.

Die einzige Perspektive, diese Aufgaben zu bewältigen, die in Zukunft noch vermehrt auf uns zukommen werden, besteht darin, dass wir die Diskriminierung abbauen, dass die Männer einen Teil ihrer bezahlten Arbeit auf die Frauen umverteilen und die Frauen einen Teil ihrer unbezahlten Arbeit auf die Männer umverteilen können. Dazu sind Förderungsmaßnahmen notwendig, denn ich misstrauere ein wenig der Freiwilligkeit, vor allem der anwesenden Herren in diesem Rat. Ich möchte eigentlich nicht, dass wir es so weit kommen lassen müssen wie bei der Alpen-Initiative, nach deren Annahme der freiwilligen Wahl, den Güterverkehr auf der Schiene oder auf der Strasse abzuwickeln, der Zwang zur Umverteilung des Güterverkehrs von der Strasse auf die Schiene folgt.

Sie haben hier eine Chance, freiwillig und innerhalb einer gewissen Zeit die Gleichberechtigung vorzunehmen, sonst werden Ihnen die Rechnungen präsentiert.

Von Felten Margrith (S, BS): Wir sind beim 5. Abschnitt: Finanzhilfen. Hier liegen mehrere Anträge vor. Die Minderheit Sandoz will die Förderungsprogramme gänzlich streichen; jetzt heisst es: Praktikabilität usw. spreche dagegen. Frau Au-

bry will mit einem Eventualantrag die besonders wirksamen Förderungsprogramme streichen; sie sagt, sie seien kontraproduktiv. Frau Gonseth und Frau Robert wollen mit ihren Anträgen den Wirkungsbereich der Förderungsprogramme erweitern.

Ich bitte Sie namens der SP-Fraktion, den Antrag der Minderheit Sandoz und den Eventualantrag Aubry auf Kürzung abzulehnen und den Anträgen Gonseth und Robert auf Ergänzung zuzustimmen.

In der Berichterstattung zum ersten Teil der Debatte ist verschiedentlich der Eindruck erweckt worden, das Brisante an der Gleichstellungsdebatte sei die Tatsache, dass einzelne Parlamentarierinnen sich offen gegen das Gleichstellungsgesetz stellen. Ich finde das etwas sonderbar. Schliesslich handeln auch Männer in einzelnen Sachfragen gegen ihre eigenen Interessen, z. B. in Fragen der Ökologie oder des Mietrechts. Der Hinweis auf die Gegnerinnen des Gesetzes ist mir unverständlich. Für mich ist das eine unbedeutende Nebenerscheinung dieser Gleichstellungsdebatte.

Das wirklich Brisante an der Gleichstellungsdebatte ist, dass Frauendiskriminierung ein grosses Geschäft ist. Wir haben die kostenlose Gewährung der Chancengleichheit in der Verfassung. Gratis ist die Verfassung zu haben, gratis sind auch die vielen, vielen Beteuerungen, dass man selbstverständlich für die Gleichstellung sei. Unterschlagen wird dabei in der Regel: sofern die Gleichstellung gratis ist.

Das Brisante an der Gleichstellungsdebatte sind die Diskriminierungsgewinne, die dabei gefährdet sind. 20 Milliarden Franken Diskriminierungsgewinne jährlich in der Erwerbsarbeit, 75 Milliarden Franken Diskriminierungsgewinne jährlich in der unbezahlten Sozialarbeit.

Wenn wir nun hier bei Artikel 14 über Finanzen sprechen, geht es natürlich nicht um 95 Milliarden Franken, die man den Frauen zurückgeben müsste. Das geht ja nicht so. Wie meine Vorrednerinnen gesagt haben, kann nur eine grundlegende Änderung in der Arbeitsteilung und in der Umverteilung von Vermögen und Löhnen hier einen Ausgleich bewirken.

Es geht hier bei den Finanzhilfen, ähnlich wie in der Entwicklungszusammenarbeit, bloss um Hilfe zur Selbsthilfe. Es geht um Finanzhilfen für Förderungsprogramme im Bereich der Aus- und Weiterbildung, um die Verbesserung der Arbeitsplatzinfrastruktur, um flankierende Massnahmen usw.

Ich bitte Sie, diese äusserst sinnvoll eingesetzten Finanzhilfen gutzuheissen und alle Anträge auf Kürzung abzulehnen.

Reimann Maximilian (V, AG): Namens der SVP-Fraktion teile ich Ihnen mit, dass wir grossmehrheitlich für den Minderheitsantrag Sandoz bzw. den Eventualantrag Aubry stimmen werden.

Wenn unsere Namen nicht auf der Fahne stehen, so aus folgendem Grund – ich sage Ihnen das als Präsident der Kommission für Rechtsfragen –: Frau Sandoz war in jener Phase entschuldigt abwesend. Wir hatten ihren Antrag nur in der ersten Lesung beraten, und wir hatten gar nicht die Möglichkeit, in der zweiten Lesung unsere Unterschriften noch auf ihren Antragszettel zu setzen.

Wir unterstützen den Antrag der Minderheit Sandoz bzw. den Eventualantrag Aubry aus dem einfachen Grund: Diese Förderungsprogramme, die Finanzierung dieser Programme passen heute nicht in unsere finanzpolitische Landschaft, und wir können es uns nicht leisten, dauernd wieder neue Subventionsskannen auffüllen zu müssen.

Ich bitte Sie also vor allem aus finanzpolitischen Gründen um Zurückhaltung und um Unterstützung des Antrages der Minderheit Sandoz bzw. des Eventualantrages Aubry.

Stamm Judith (C, LU), Berichterstatterin: In der Kommission haben wir den Antrag der Minderheit Sandoz zu Artikel 14 einstimmig abgelehnt und uns für das vollumfängliche Beibehalten des Entwurfs des Bundesrates ausgesprochen. Das würde auch die Kommissionsmeinung zum Eventualantrag Aubry widerspiegeln.

Die Anträge Gonseth und Robert lagen uns in der Kommission nicht vor. Ich muss es Ihnen überlassen, wie Sie sich dazu stellen.

Lassen Sie mich etwas Grundsätzliches zu diesem Artikel 14 sagen. Wie ja zur Genüge bekannt ist, haben wir den Gleichstellungsartikel seit 1981 in der Bundesverfassung, und wie ebenfalls bekannt ist, haben wir es seither zum grössten Teil den Frauen und ihren Organisationen überlassen, diese Gleichstellung und Gleichberechtigung vorwärtszutreiben.

Bei der Weiterbildungsoffensive konnte man im Rahmen der Frauenprojekte wieder einmal klar und deutlich sehen, dass Frauen und Frauenorganisationen wenig Geld zur Verfügung haben und dass sogar öffentliche Stellen – ich denke an die Stelle für Erwachsenenbildung im Kanton Luzern, die sich mit diesen Weiterbildungsprojekten befasst hat – wenig Geld zur Verfügung haben. Ich meine: Wenn wir schon im Sinne des Subsidiaritätsprinzips den Frauen, Frauenorganisationen und entsprechenden Stellen die Vorwärtstreibung des Gleichstellungsproblems überlassen, dann ist es nichts als recht und billig, wenn wir hier im 5. Abschnitt des Gesetzes, in Artikel 14, die Möglichkeit öffnen, dass der Bund öffentlichen oder privaten Institutionen Mittel für Programme gewähren kann, die im Gesetz genau umschrieben sind – Mittel, über deren Umfang und Höhe Sie ja im Rahmen des Budgets dann immer noch beschliessen können!

Ich bitte Sie also im Namen der Mehrheit der Kommission, dem Artikel 14 so, wie ihn der Bundesrat vorgeschlagen hat, zuzustimmen.

Comby Bernard (R, VS), rapporteur: En guise de réponse à M^{mes} Sandoz et Aubry, je dirai avec un brin d'humour: on ne peut quand même pas charger le bateau avec des alouettes! Cela dit, concernant l'article 14, M^{me} Sandoz prétend que c'est un miroir aux alouettes. En réalité, l'argument qu'elle sert est spécieux, parce qu'elle dit, en suivant une philosophie de digression, que l'on pourrait faire ceci ou cela, notamment dans le domaine fiscal.

Pourquoi est-ce qu'on n'utilise pas l'instrument des programmes d'action pour la promotion de l'égalité des droits entre les femmes et les hommes de façon bien ciblée? Il ne s'agit pas ici de tout faire, mais d'encourager un certain nombre de projets, en accord avec les milieux concernés. Je crois qu'il est très important de le souligner. Je pense, par exemple, à un projet qui pourrait être intéressant – je le dis en tant qu'ancien chef d'un département cantonal de l'instruction publique. On constate que l'accès des filles ou des femmes aux professions techniques, aux écoles d'ingénieurs, est encore très difficile pour toute une série de raisons. Pourquoi ne mettrait-on pas en place un programme pour encourager cet accès? Finalement, c'est l'ensemble de l'économie qui en bénéficierait.

La minorité Sandoz de la commission propose de biffer purement et simplement cet article 14. Quant à la majorité de la commission, qui se rallie au projet du Conseil fédéral, elle demande de maintenir cet article qui encourage la promotion de l'égalité entre les femmes et les hommes en soutenant financièrement des programmes d'action spécifiques, dans les limites des crédits alloués à cet effet.

Certains d'entre vous l'ont dit: il faut avoir le souci de l'incidence financière, on ne peut pas dépenser l'argent n'importe comment. De toute manière, le Parlement reste compétent pour se prononcer sur les crédits qui sont inscrits au budget annuel. Il s'agit, je le répète, d'agir de manière ciblée afin de donner une impulsion. En résumé, l'idée consiste surtout à subventionner des projets pilotes dans ce domaine.

Je réponds maintenant brièvement aux propositions. Tout d'abord, Madame Gonseth, vous souhaitez aller beaucoup plus loin, ne pas limiter ces programmes au domaine professionnel, mais, en revanche, embrasser toutes les activités pour la promotion de l'égalité des droits entre les femmes et les hommes. On peut comprendre votre démarche, mais qui veut le plus veut le moins. C'est la raison pour laquelle je souhaite que vous puissiez vous rallier à la proposition de la majorité de la commission. Si tel n'était pas le cas, nous devrions rejeter votre proposition.

Madame Aubry, vous proposez, en cas de refus de la proposition de la minorité Sandoz, de biffer la lettre d de l'alinéa 2 de cet article 14, qui stipule: «d. la mise en place dans l'entreprise d'une forme d'organisation du travail ou d'une infrastructure

favorisant l'égalité entre les sexes.» Il est bien clair ici, Madame Aubry, qu'il ne s'agit pas du tout de faire une intrusion dans les entreprises sans leur accord. Je le répète, ce sont des projets pilotes qui doivent être retenus avec l'accord des milieux intéressés. Si une entreprise est prête à jouer ce jeu, un projet pourrait se dérouler en plein accord avec le partenaire. Telle est l'idée du Conseil fédéral et de la majorité de la commission. C'est la raison pour laquelle je suggère de refuser la proposition Aubry.

Enfin, dernière proposition, celle de M^{me} Robert. En fait, Madame Robert, si vous lisez bien cet article 14, vous constatez qu'à l'alinéa 2 on dit: «Les programmes peuvent porter notamment sur: ...»; il y a une énumération, mais ce n'est pas exhaustif. Il est clair que l'idée que vous soutenez ici est intéressante; elle pourrait, à mon avis, entrer en ligne de compte dans le cadre de l'un ou l'autre projet, mais j'estime qu'il n'est pas nécessaire d'introduire cette disposition dans cet article. C'est la raison pour laquelle, si vous maintenez votre proposition, nous devrions la rejeter.

En résumé, je propose, de suivre la décision de la majorité de la commission et de refuser toutes les autres propositions.

Koller Arnold, Bundesrat: Auch ich möchte Ihnen empfehlen, alle einschränkenden, aber auch alle weiter gehenden Anträge zu diesem Artikel 14 abzulehnen und der Mehrheit Ihrer Kommission und dem Bundesrat zuzustimmen.

Was möchten wir mit diesem Förderungsartikel? Es geht nicht darum, nach dem «Gliesskannenprinzip» Subventionen an Unternehmen auszurichten. Unternehmen sind sogar ausdrücklich ausgenommen. Wir möchten einzig durch öffentliche oder private Organisationen einige Pilotprojekte zur Schaffung frauenfreundlicher Infrastrukturen oder auch entsprechender neuer Arbeitsorganisationsmodelle fördern. Darum allein geht es. Das scheint uns in dieser Anfangsphase des Gesetzes wichtig zu sein. Im übrigen betone ich – dies an die Adresse jener, die Angst haben, das passe nicht in die finanzpolitische Landschaft –: Sie werden jedes Jahr mit dem Budgetbeschluss autonom darüber entscheiden, wie gross die Beträge sind, die für diese Pilotprojekte ausgegeben werden sollen.

Frau Aubry, wir wollen keine Frauen zwingen, an derartigen Pilotprojekten mitzuwirken. Aber es gibt auch Frauen, die aus wirtschaftlichen Existenzgründen auf eine Teilzeitarbeit angewiesen sind, und solche Arbeitsformen möchten wir durch Pilotprojekte begünstigen.

Ich bitte Sie auch, die weiter gehenden Anträge abzulehnen. Frau Gonseth möchte die Beschränkung auf das «Erwerbsleben» aus dem Artikel herausnehmen. Angesichts der beschränkten Mittel, die wir haben, scheint es uns richtig, sie vor allem dort einzusetzen, wo heute der Diskriminierungsstatbestand am gewichtigsten ist, und das ist eindeutig im Erwerbsleben der Fall.

Im übrigen kommt dazu, dass in anderen Bereichen – wie bei der Ausbildung – der Stand glücklicherweise bereits bedeutend besser ist. Ich habe Ihnen in meinem Eintretensreferat die erfreulichen Zahlen im Hinblick auf die Ausbildung der Frauen genannt. Gerade im Ausbildungsbereich sind vor allem die Kantone und nicht der Bund zuständig.

Das sind die Gründe, weshalb ich den Antrag Gonseth und auch den Antrag Robert zur Ablehnung empfehle. Mit den wenigen, beschränkten Mitteln, die wir haben, müssen wir einen gewissen Schwerpunkt setzen.

Ich bitte Sie um Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates bzw. zum Antrag der Mehrheit und um Ablehnung aller abweichenden Anträge.

Präsidentin: Ich schlage Ihnen vor, zunächst über die Zusatzanträge Gonseth und Robert einzeln abzustimmen, dann die Mehrheit der Minderheit Sandoz gegenüberzustellen. Schliesslich, falls die Minderheit Sandoz abgelehnt werden sollte, stimmen wir über den Eventualantrag Aubry ab. – Sie sind damit einverstanden.

Erste Abstimmung – Premier vote

Für den Antrag Gonseth 68 Stimmen
Dagegen 106 Stimmen

Zweite Abstimmung – Deuxième vote

Für den Antrag Robert 68 Stimmen
Dagegen 106 Stimmen

Dritte, namentliche Abstimmung

Troisième vote, par appel nominal

Für den Antrag der Mehrheit stimmen:

Votent pour la proposition de la majorité:

Aguet, Bär, Baumberger, Bäumlín, Béguelin, Bircher Peter, Bischof, Blatter, Bodenmann, Borel François, Borradori, Brügger Cyrill, Brunner Christiane, Bühlmann, Bundi, Bürgi, Caccia, Carobbio, Caspar-Hutter, Chevallaz, Columberg, Comby, Danuser, de Dardel, David, Deiss, Diener, Dormann, Ducret, Dünki, Duvoisin, Eggenberger, Engler, Epiney, Eymann Christoph, Fankhauser, Fasel, von Felten, Fischer-Sursee, Fritschi Oscar, Gobet, Goll, Gonseth, Graber, Grendelmeier, Gross Andreas, Grossenbacher, Haering Binder, Hafner Rudolf, Hafner Ursula, Hämmerle, Heberlein, Herczog, Hess Peter, Hildbrand, Hollenstein, Hubacher, Iten Joseph, Jaeger, Jäggi Paul, Jeanprêtre, Jöri, Keller Anton, Kühne, Ledergerber, Leemann, Lepori Bonetti, Leu Josef, Leuenberger Ernst, Leuenberger Moritz, Maeder, Marti Werner, Mauch Ursula, Meier Hans, Meier Samuel, Meyer Theo, Misteli, Nabholz, Oehler, Philipona, Poncet, Rebeaud, Rechsteiner, Robert, Ruckstuhl, Ruffy, Schmid Peter, Schmidhalter, Schnider, Segmüller, Seiler Rolf, Spielmann, Stalder, Stamm Judith, Steiger Hans, Strahm Rudolf, Suter, Theubet, Thür, Tschäppät Alexander, Tschopp, Vollmer, Weder Hansjürg, Wiederkehr, Ziegler Jean, Zisyadis, Züger, Zwygart (108)

Für den Antrag der Minderheit stimmen:

Votent pour la proposition de la minorité:

Allenspach, Aregger, Aubry, Berger, Bezzola, Binder, Blocher, Bonny, Borer Roland, Bortoluzzi, Bühler Gerold, Camponovo, Cavadini Adriano, Cincera, Daepf, Dettling, Eggly, Fehr, Fischer-Hägglingen, Fischer-Seengen, Frey Claude, Frey Walter, Früh, Giger, Gros Jean-Michel, Gysin, Hari, Hess Otto, Jenni Peter, Keller Rudolf, Kern, Loeb François, Mamie, Maspoli, Maurer, Miesch, Moser, Müller, Narbel, Nebiker, Neuenchwander, Perey, Reimann Maximilian, Rohrbasser, Rutishauser, Sandoz, Savary, Scherrer Jürg, Scherrer Werner, Schmied Walter, Schwab, Seiler Hanspeter, Spoerry, Stamm Luzi, Steinegger, Steinemann, Steiner Rudolf, Stucky, Tschuppert Karl, Vetterli, Wittenwiler, Wyss Paul, Wyss William, Zölich (64)

Der Stimme enthalten sich – S'abstiennent:

Leuba, Pini, Scheurer Rémy (3)

Abwesend sind – Sont absents:

Baumann, Bühler Simeon, Couchepin, Darbellay, Dreher, Fricerici Charles, Gardiol, Giezendanner, Hegetschweiler, Maitre, Matthey, Mauch Rolf, Mühlmann, Pidoux, Raggenbass, Ruf, Rychen, Schweingruber, Sieber, Steffen, Wanner, Wick, Zbinden, Zwahlen (24)

Präsidentin, stimmt nicht – Présidente, ne vote pas:

Haller (1)

Vierte Abstimmung – Quatrième vote

Für den Eventualantrag Aubry 66 Stimmen
Dagegen 102 Stimmen

Art. 15

Antrag der Kommission

Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Minderheit

(Ducret, Allenspach, Scherrer Jürg, Stamm Luzi, Vetterli)

Streichen

Antrag Robert

Bst. c (neu)

c. die Unterstützung der Übernahme und Ausübung der Haus- und Familienarbeit durch Männer.

Art. 15*Proposition de la commission**Majorité*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Minorité

(Ducret, Allenspach, Scherrer Jürg, Stamm Luzi, Vetterli)

Biffer

*Proposition Robert**Let. c (nouvelle)*

c. qui encouragent la prise en charge et l'exécution de tâches familiales par les hommes.

Ducret Dominique (C, GE), porte-parole de la minorité: A son article 1er, la loi précise très clairement qu'elle a pour but de promouvoir l'égalité dans les faits entre femmes et hommes. Elle n'a pas pour objectif d'assurer la promotion de la femme, ni même celle de l'homme.

Pour ma part, je viens de voter l'article 14, dans la teneur du projet du Conseil fédéral, les aides financières allouées par la Confédération, en se fondant sur cette disposition étant précisément de nature à permettre la réalisation du principe d'égalité.

En revanche, Monsieur le Conseiller fédéral, rien de tout cela à l'article 15. Le message du Conseil fédéral se contente de préciser que la Confédération devrait pouvoir soutenir financièrement les organisations privées qui consacrent leurs activités à informer et à conseiller les femmes dans le domaine professionnel, ou qui oeuvrent dans le domaine de la réinsertion professionnelle des personnes – cela s'adresse d'ailleurs aussi bien aux femmes qu'aux hommes – qui ont interrompu leurs activités lucratives. En commission, M. Koller, conseiller fédéral, a indiqué que cet article est destiné à soutenir le bénévolat des membres de ces organisations et que les aides en question ne devraient pas excéder quelques centaines de milliers de francs.

Pour la minorité de la commission, il n'y a vraiment aucune raison d'ajouter aux associations visées à l'article 14 d'autres types d'organisations qui n'ont pas pour but de contribuer à assurer l'égalité. Quant à celles qui s'occupent de la réinsertion professionnelle, même si elles sont souhaitables, et s'il faut saluer le dévouement de leurs membres, il faut savoir qu'elles sont déjà aidées financièrement par les cantons. Le cumul des aides dont elles pourraient bénéficier ne se justifie donc pas. Les aides se justifient d'autant moins qu'il existe déjà de nombreux crédits destinés à encourager la formation et le perfectionnement qui ne sont pas utilisés.

Enfin, et ce sera mon dernier argument, la Confédération n'a plus les moyens, M. Stich nous le répète sans cesse, d'accroître ses interventions financières. Combien de fois, ces derniers temps, n'avons-nous pas affirmé qu'il nous faut montrer dorénavant de la rigueur et de la cohérence dans nos décisions? Monsieur le Conseiller fédéral, l'autre jour, vous attiriez notre attention, et tout particulièrement celle des Romands, sur la cohérence à respecter avec les législations européennes. Je vous demande d'avoir vous-même de la cohérence avec la volonté du Conseil fédéral de faire des économies chaque fois qu'on le peut.

Faisons, aujourd'hui, la démonstration de cette rigueur, même si cela ne concerne que quelques centaines de milliers de francs. Je vous assure que la cause des femmes n'aura rien perdu si vous acceptez de soutenir la proposition de la minorité.

Robert Leni (G, BE): Kaum lag dieser Antrag auf dem Pult, hatte er auch schon einen Namen, nämlich «proposition vaisselle» oder «Geschirrspül-Artikel»!

In Artikel 15 geht es darum, dass Beratungsstellen unterstützt werden können, die sich für Frauen im Erwerbsleben und für Frauen und Männer, die nach familiärer Arbeit den Wiedereinstieg planen, einsetzen.

Im Sinne der ausgleichenden Gerechtigkeit möchte ich einen dritten Punkt anfügen, nämlich dass auch Männer, die sich für die Übernahme und Ausübung von Haus- und Familienarbeit entschlossen, in den Genuss der Unterstützung kommen

können. Es ist nämlich die logische Konsequenz eines echten Gleichstellungsprozesses, dass nicht nur die Frauen vermehrt ins Erwerbsleben gehen, sondern dass umgekehrt auch Männer vermehrt Haus- und Familienarbeit übernehmen und das zu einer Selbstverständlichkeit wird. Übernahme von Haus- und Familienarbeit heisst dann aber nicht, dass Mann zweimal wöchentlich den Kehrichtsack an den Strassenrand stellt oder dass Mann, wenn die Frau das vierte Kind bekommt, am Sonntag das Nachtessen kocht, sondern das heisst dann wirklich gleichberechtigte Übernahme der Haus- und Familienarbeit.

Die Reaktion auf diesen Antrag, der mir eigentlich eine Selbstverständlichkeit zu sein scheint, war bezeichnend: Viele Kollegen haben gefunden, das sei nun eine echte Zumutung, aber vielleicht sei es auch einfach ein Witz. Es ist aber weder eine Zumutung noch ein Witz; sie ist ernst gemeint, diese «proposition vaisselle»! Es gab auch einen Kollegen, der die Befürchtung geäussert hat, wenn Männer eine solche, offenbar für Männer als unwürdig und geisttötend empfundene Arbeit wie die Hausarbeit machen müssten, dann würden sie den Sinn für Höheres verlieren, zum Beispiel die «Wahrnehmungsfähigkeit für weibliche Reize», wie er sich ausdrückte.

Sie sehen, die Reaktionen fielen so aus, dass sie der beste Beweis dafür sind, dass es so etwas braucht. Es gibt aber – und damit möchte ich zum ernsthaften Gehalt dieses Antrages kommen –, auch Männer, die das wollen und die einsehen, dass die Übernahme von Haus- und Familienarbeit durch Männer ein folgerichtiger Teil des ganzen Gleichstellungsprozesses ist, in dem wir stecken. Sie bejahen das, und es sind bei weitem nicht nur «linke» und «nette» Männer! Es gibt auch viele einsichtige, vernünftige bürgerliche Männer. Ich zweifle manchmal daran, dass wir hier unter der Bundeshauskuppel noch die richtige Wahrnehmung haben. Es gibt Männer in allen Parteien – übrigens auch in diesem Saal! –, welche das durchaus einsehen und das auch wollen, welche das alles andere als entwürdigend finden, welche darin sogar eine Bereicherung und eine Chance sehen, eigene männliche Defizite auszugleichen. Es scheint mir wichtig, dass die Männer, die den Tatbeweis erbringen, auch in den Genuss solcher Unterstützungen kommen können. Sie haben es im Moment noch nötig, es ist für «praktizierende» Männer noch nicht einfach.

Diese «proposition vaisselle» wäre ein kleiner, aber praktisch wichtiger Schritt dazu, dass man Männer, die ernsthaft Haus- und Familienarbeit übernehmen wollen, auch ernst nimmt und dass man bereit ist, ihnen die nötige Unterstützung in diesem Prozess zu geben.

Leemann Ursula (S, ZH): Wir wollen mit diesem Gesetz griffige Instrumente für die Gleichstellung schaffen. Wo und wie sollen sich aber die Frauen über diese Instrumente informieren, wenn sie sich nicht an Beratungsstellen wenden können – Frauen, die keineswegs über die Informationskanäle verfügen wie wir hier im Parlament? Sollen sie dies beispielsweise bei Beratungsstellen von Frauenorganisationen tun, die eine niedrige Zugangsschwelle haben? Solche Beratungsstellen sind etwas ausserordentlich Wichtiges, sind absolut essentiell, wenn die Frauen von den Förderungsmassnahmen – über die wir soeben beraten haben – profitieren sollen, wenn sich die Frauen gegen die Diskriminierung wehren sollen.

Die Beratungsstellen können aber noch etwas Weiteres leisten: Sie können nämlich dazu dienen, dass Konflikte und Probleme auf einer niedrigen Ebene gelöst werden und damit unnötige und teure gerichtliche Auseinandersetzungen vermieden werden. Es ist oft so, dass eine sachlich kompetente Beratung dazu führt, dass sich Kontrahenten oder Kontrahentinnen zu einvernehmlichen Lösungen führen lassen. Deshalb scheint es mir auch aus finanziellen Gründen sehr sinnvoll, die Beratungsstellen finanzieren zu helfen und dem Antrag Robert zuzustimmen.

Ich weiss wohl, dass man mit der Einführung neuer Finanzhilfen – selbst in einer Kann-Formulierung im Gesetz – heute einen schweren Stand hat. Die Liste der vom Bund mitunterstützten Organisationen ist lang, viel zu lang, mit ihren über zweihundert Eintragungen. Im Sinne des Sparens sind wir geneigt, diese Liste ab- statt auszubauen.

Aber ich halte es nicht für richtig, wenn mit dem Argument des Sparens jetzt mit der Zahl der Organisationen und der bereits zu hohen Last des Haushalts gefochten wird, wenn nicht über die Prioritäten, über die Inhalte, über die Notwendigkeit von Unterstützungen gesprochen wird. Es gab zweifellos bei allen Organisationen auf dieser Liste durchaus ehrenvolle und gute Gründe, die Unterstützung bei ihnen einzuführen.

Dass Organisationen aber heute nicht mehr überall dieselbe Priorität besitzen, dürfte auch klar sein. In vielen Fällen ist die Unterstützung historisch begründet und hat heute nicht mehr viel mit Rationalität zu tun. In vielen Fällen widerspricht sie auch unserem Gerechtigkeitsgefühl. Beispielsweise erhält der Schweizerische Verband der Berufsreiter und Reitschulbesitzer einen Beitrag des Bundes in sechsstelliger Höhe, ein gutes Viertel seines Budgets, während der Schweizerische Landfrauenverband zehnmal weniger und nur einen Zehntel seines Budgets erhält.

Ich habe bei der Liste der unterstützten Organisationen auch das Stichwort «Beratung» nachgeschaut. Es taucht tatsächlich auf. Der Bund unterstützt mit fast einer halben Million Franken den Schweizerischen Beratungs- und Gesundheitsdienst für die Schweine. Selbstverständlich möchte ich nicht sagen, dass die Gesundheit der Schweine nicht wichtig sei, dass ich den armen Schweinen etwas wegnehmen möchte. Aber gemessen an der Wichtigkeit, die die Gleichstellung als Menschenrecht hat und die die Möglichkeit der Beratung zur Durchsetzung des Gleichstellungsgesetzes hat, ist es nach meiner Überzeugung falsch, Artikel 15 aus Spargründen abzulehnen. Gerade Frauenorganisationen haben sehr viel Freiwilligenarbeit geleistet, und es ist richtig, wenn der Bund sie bei der Wahrnehmung der Beratungsaufgaben unterstützt. Wie gesagt, glaube ich, dass sich das finanziell längerfristig auszahlen wird.

Ich bitte Sie im Namen der SP-Fraktion, den Antrag der Minderheit Ducret auf Streichung abzulehnen und dem Antrag Robert zuzustimmen.

Hollenstein Pia (G, SG): Herr Ducret verlangt als Sprecher der Minderheit zusammen mit den Herren Allenspach, Scherrer Jürg, Stamm Luzi und Vetterli die Streichung von Artikel 15. Folge davon wäre, dass der Bund keine Finanzhilfe mehr an Beratungsstellen gewähren könnte.

Ich bitte Sie im Namen der grünen Fraktion, den Antrag der Minderheit Ducret auf Streichung abzulehnen.

Durch die Annahme des Gleichstellungsartikels in der Bundesverfassung vor 13 Jahren ist ein klarer Auftrag gegeben, d. h., die Umsetzung dieses Auftrags erfordert Massnahmen. Eine für die Erreichung des Ziels wichtige Massnahme ist die Schaffung von Beratungsstellen. Die Forderung, dass der Bund diesen schon bestehenden, privaten Institutionen Finanzhilfe gewähren kann, ist nun wirklich nicht übertrieben. Um dem Verfassungsauftrag wirklich gerecht zu werden, müsste der Bund eigentlich zur finanziellen Unterstützung verpflichtet werden. Mit der Annahme von Artikel 15 stimmen wir bloss einer Kann-Formulierung zu. Diese Kann-Formulierung nun noch torpedieren zu wollen, zeugt von Frauenfeindlichkeit hier im Rat und ist ein Affront gegenüber Hunderten von Frauen, die auf Beratungsstellen Tausende von Stunden Gratisarbeit leisten.

Den Beratungsstellen privater Institutionen kommt eine besondere Bedeutung zu, weil für viele Frauen die Hemmschwelle gegenüber diesen Institutionen wesentlich niedriger ist als gegenüber staatlichen Institutionen. Dank dem grossen Vertrauen der Bevölkerung in private Institutionen werden Beratungsangebote frühzeitig wahrgenommen. Dadurch wird der Wiedereinstieg von Frauen und – hören Sie gut zu – von Männern erleichtert. Somit ist das letztlich für den Staat kostensparend.

Durch die Unterstützung von bestehenden privaten Institutionen, wie dies in Artikel 15 vorgeschlagen wird, fallen für den Staat auch finanzielle Aufwendungen für den Aufbau von Infrastrukturen weg, denn die privaten Institutionen verfügen meist schon über eine entsprechende Infrastruktur. Die Unterstützung von Beratungsstellen kommt den Staat aber auch billiger

zu stehen, weil durch fachkompetente Information und Beratung viele Rechtskonflikte dank vorheriger Klärung auf Beratungsstellen ausgeschlossen werden können.

Ein weiterer Punkt, der für die Unterstützung von Artikel 15 spricht: Dank gutem Beratungsangebot wird es Frauen – seltener auch Männern – überhaupt ermöglicht, eine befriedigende Gestaltung der familiären Betreuungspflichten zu erreichen. Das Angebot von sozialen Dienstleistungen ist heute sehr gross. Für Laien ist es schwierig, sich genügend auszukennen. Die heutige grosse Nachfrage auf allen Beratungsstellen über mögliche soziale Dienstleistungen beweist den Bedarf. Verlangt werden sehr oft Auskunft und Beratung über die vorhandenen Möglichkeiten, den beruflichen Wiedereinstieg mit den häuslichen Aufgaben zu vereinbaren.

Gleichberechtigung heisst eben auch gleichberechtigter Zugang zur Berufswelt. Damit dies erreicht werden kann, ist eine kompetente Beratung, wie sie die privaten Institutionen bieten, unabdingbar. Wer es als richtig erachtet, das Überleben von Beratungsstellen zu gewährleisten, hat den Antrag der Minderheit Ducret abzulehnen.

Dass wir Grünen den Antrag Robert zu einem Buchstaben c bei Artikel 15 unterstützen, ist selbstverständlich. Wirkliche Gleichberechtigung ist nur zu erreichen, wenn Männer endlich tatsächlich ihren Pflichtanteil in der Betreuungs- und Hausarbeit leisten.

Präsidentin: Die CVP-Fraktion lässt mitteilen, dass sie der Mehrheit zustimmt.

Ducret Dominique (C, GE), porte-parole de la minorité: Je ne peux pas accepter, bien évidemment, que les députés qui soutiendront la proposition de la minorité soient traités de misogynnes. D'ailleurs, le vote final vous démontrera qu'il y a très peu de misogynnes dans cette salle.

Pour ce qui me concerne, j'ai été pendant de longues années le conseiller juridique d'associations féminines genevoises. Je n'ai dès lors pas de leçon à recevoir de ceux qui ne sont pas toujours sur le terrain, mais qui font du combat idéologique.

J'observe simplement ceci: à l'article 14, que j'ai voté avec vous, il est dit que la Confédération peut allouer des aides financières à des associations qui ont pour but de favoriser la réalisation de l'égalité entre femmes et hommes dans la vie professionnelle. A l'article 15, on parle aussi de la vie professionnelle. Il y a par conséquent double emploi. Si on voulait y ajouter d'autres types d'associations, on aurait dû le préciser. Puisque vous vous référez à la norme constitutionnelle, je rappelle que celle-ci fonde le principe de l'égalité entre hommes et femmes. Je ne vois pas en quoi on réaliserait ce principe en accordant des subventions à des associations qui n'ont pas précisément pour but de contribuer à cette égalité. C'est là la raison de ma proposition de minorité, et ce n'est pas un combat dirigé contre les femmes.

Stamm Judith (C, LU), Berichterstatterin: Die Kommission beantragt Ihnen mit 12 zu 5 Stimmen, diesem Artikel zuzustimmen.

Zu Herrn Ducret muss ich sagen, dass Programme wie sie in Artikel 15 Buchstabe b – «die Förderung der Wiedereingliederung von Frauen und Männern, die ihre berufliche Tätigkeit zugunsten familiärer Aufgaben unterbrochen haben» – umschrieben werden, ganz sicher zur Gleichstellung von Frau und Mann mithelfen. Das ist ja die Schwierigkeit für die Frauen, dass sie im Beruf weniger Möglichkeiten haben, wenn sie allein die ganze familiäre Last tragen müssen. Und die zweite Schwierigkeit ist: Wenn ein Mann oder eine Frau die berufliche Laufbahn zugunsten der Familie unterbrechen will, ist es heute gar nicht so einfach, nachher wieder einzusteigen, weil wir die Strukturen dafür noch nicht oder nur ansatzweise geschaffen haben.

Wenn Sie also den Antrag der Mehrheit zu diesem Artikel 15 unterstützen, dann unterstützen Sie Möglichkeiten, welche der Gleichstellung von Frau und Mann dienlich sind.

Comby Bernard (R, VS), rapporteur: La minorité Ducret propose de biffer l'article 15 qui donne la possibilité à la Confédération d'accorder des aides financières à des services de consultation dont le but est la réinsertion professionnelle.

La majorité de la commission considère, au contraire, qu'il faut maintenir cette possibilité, par exemple en collaboration avec les bureaux cantonaux de l'égalité. Et ici, Monsieur Ducret, nous allons tout à fait dans le sens que vous avez préconisé d'une meilleure coordination. C'est ce qui est donc proposé en la matière.

Pour accorder des aides financières à des associations privées qui oeuvrent en faveur de la réintégration professionnelle – M^{me} Stamm Judith l'a dit tout à l'heure, la situation est encore plus grave aujourd'hui en matière de chômage, qui frappe très durement les femmes, en l'occurrence –, il y a des mesures qui pourraient favoriser aussi cette réinsertion professionnelle, indépendamment des autres raisons qui sont citées à cet article. Les femmes ou les hommes ayant dû interrompre leur activité professionnelle pour se consacrer à des tâches familiales pourraient donc bénéficier de tels appuis dans les limites des crédits alloués à cet effet.

Je tiens enfin à donner trois précisions: premièrement, la formulation de l'article 15 est une formulation potestative, «la Confédération peut allouer»; il y a donc une appréciation à faire de la part de la Confédération avant d'accorder de telles aides. Deuxièmement, il s'agit de respecter le principe de subsidiarité. On l'a dit, il s'agit souvent de bénévoles qui travaillent dans ce domaine, et c'est un coup de pouce, si vous me passez l'expression, de la part de la Confédération. Troisièmement, c'est le critère de l'utilisation parcimonieuse des fonds publics. Il faut absolument avoir ce souci, surtout étant donné la situation financière difficile des collectivités publiques.

C'est dans cet esprit que la majorité de la commission vous propose, par 12 voix contre 5, de refuser la proposition de minorité Ducret et d'approuver sa version.

Koller Arnold, Bundesrat: Bei Artikel 15 geht es nicht um Förderungsprogramme, sondern hier geht es allein um die Möglichkeit, dass wir private Beratungsstellen unterstützen möchten, die heute schon wertvolle gemeinnützige Arbeit leisten, indem sie beispielsweise vor allem Frauen beraten, die nach einem längeren beruflichen Unterbruch wieder ins Erwerbsleben einsteigen.

Es besteht auch keinerlei Gefahr, dass hier übermässig finanzielle Mittel eingesetzt werden. Wir möchten natürlich auch nicht in so fortschrittlichen Kantonen wie Genf, wo schon kantonal finanziert und subventioniert wird, noch eidgenössische Subventionen ausrichten. Aber irgendwie wäre es doch widersinnig, wenn mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes solche gemeinnützige private Institutionen mangels Mitteln eingestellt werden müssten.

Das ist der Sinn des Entwurfs zu diesem Artikel, dem ich zustimmen bitte.

Frau Robert, erlauben Sie mir vielleicht gegen Schluss dieser langen Debatte doch noch eine burschikose Bemerkung: Glücklicherweise gibt es ja bereits solche ideale Männer, die bereit sind, Haus- und Familienarbeit zu übernehmen. Aber haben es diese wirklich nötig, dass wir sie noch staatlich fördern? Das sind ja sowieso Eliten, und Eliten setzen sich immer durch. (*Heiterkeit*)

Erste Abstimmung – Premier vote

Für den Antrag Robert

65 Stimmen

Dagegen

102 Stimmen

Zweite, namentliche Abstimmung

Deuxième vote, par appel nominal

Für den Antrag der Mehrheit stimmen:

Votent pour la proposition de la majorité:

Aguet, Bär, Bäumlín, Béguelin, Bircher Peter, Bischof, Bodenmann, Borel François, Brügger Cyrill, Brunner Christiane, Bühlmann, Bundi, Bürgi, Caccia, Carobbio, Caspar-Hutter, Comby, Danuser, de Dardel, David, Diener, Dormann, Dünki, Duvoisin, Eggenberger, Engler, Eymann Christoph, Fankhau-

ser, Fasel, von Felten, Fischer-Surse, Goll, Gonseth, Graber, Grendelmeier, Gross Andreas, Grossenbacher, Haering Binder, Hafner Rudolf, Hafner Ursula, Hämmerle, Herczog, Hess Peter, Hollenstein, Hubacher, Iten Joseph, Jäggi Paul, Jeanprêtre, Jöri, Keller Anton, Ledergerber, Leemann, Lepori Bonetti, Leu Josef, Leuenberger Ernst, Leuenberger Moritz, Maeder, Marti Werner, Mauch Ursula, Meier Hans, Meier Samuel, Misteli, Nabholz, Oehler, Poncet, Rebeaud, Rechsteiner, Robert, Ruckstuhl, Ruffy, Schmid Peter, Schmidhalter, Schnider, Segmüller, Seiler Rolf, Spielmann, Stalder, Stamm Judith, Steiger Hans, Strahm Rudolf, Thür, Tschäppät Alexander, Tschopp, Vollmer, Wanner, Weder Hansjürg, Wiederkehr, Ziegler Jean, Zisyadis, Zölch, Züger, Zwygart (92)

Für den Antrag der Minderheit stimmen:

Votent pour la proposition de la minorité:

Allenspach, Aregger, Aubry, Berger, Bezzola, Binder, Bonny, Borer Roland, Borradori, Bortoluzzi, Bühler Gerold, Cavadini Adriano, Chevallaz, Cincera, Daepf, Deiss, Dettling, Dreher, Ducret, Eggly, Epiney, Fehr, Fischer-Hägglín, Fischer-Seengen, Frey Claude, Frey Walter, Fritschi Oscar, Früh, Giezendanner, Giger, Gobet, Gros Jean-Michel, Gysin, Hari, Heberlein, Hegetschweiler, Hess Otto, Jenni Peter, Keller Rudolf, Kern, Kühne, Leuba, Loeb François, Mamie, Maspoli, Maurer, Miesch, Moser, Müller, Narbel, Nebiker, Neuenschwander, Philipona, Reimann Maximilian, Rohrbasser, Rutishauser, Sandoz, Savary, Scherrer Jürg, Scherrer Werner, Scheurer Rémy, Schmied Walter, Schwab, Schweingruber, Seiler Hanspeter, Stamm Luzi, Steinegger, Steinemann, Steiner Rudolf, Stucky, Suter, Theubet, Tschuppert Karl, Vetterli, Wittenwiler, Wyss Paul, Wyss William (77)

Der Stimme enthalten sich – S'abstiennent:

Baumberger, Hildbrand, Pini

(3)

Abwesend sind – Sont absents:

Baumann, Blatter, Blocher, Bühler Simeon, Camponovo, Columberg, Couchepin, Darbellay, Friderici Charles, Gardiol, Jaeger, Maitre, Matthey, Mauch Rolf, Meyer Theo, Mühlemann, Perey, Pidoux, Raggenbass, Ruf, Rychen, Sieber, Spoerry, Steffen, Wick, Zbinden, Zwahlen (27)

Präsidentin, stimmt nicht – Présidente, ne vote pas:

Haller

(1)

Art. 16

Antrag der Kommission

Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Minderheit I

(Sandoz)

Streichen

Minderheit II

(von Felten, Bär, Bühlmann, Caspar-Hutter, de Dardel, Grendelmeier, Herczog, Leuenberger Moritz, Rechsteiner)

Abs. 1

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 2

....

g. (neu) zur Untersuchung von Diskriminierungen kann es von den Beteiligten die erforderlichen Akten und Auskünfte verlangen. Bundesstellen sowie kantonale und kommunale Stellen sind verpflichtet, an der Abklärung des Sachverhaltes mitzuwirken;

h. (neu) Personendaten dürfen ohne Zustimmung der betroffenen Personen nur in anonymisierter Form veröffentlicht werden.

Antrag Schweingruber

Abs. 1

.... und setzt sich für die Beseitigung jeglicher Form von Diskriminierung ein.

Abs. 2 Bst. b
Streichen

Eventualantrag Aubry
(falls der Antrag der Minderheit I [Sandoz] abgelehnt wird)

Abs. 1
Das Eidgenössische Büro fördert die Gleichstellung der Geschlechter im Berufsleben.
Abs. 2 Bst. e
Streichen

Art. 16
Proposition de la commission
Majorité
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Minorité I
(Sandoz)
Biffer

Minorité II
(von Felten, Bär, Bühlmann, Caspar-Hutter, de Dardel, Gren-
delmeier, Herczog, Leuenberger Moritz, Rechsteiner)
Al. 1
Adhérer au projet du Conseil fédéral
Al. 2

....
g. (nouvelle) il peut exiger des parties à la procédure les docu-
ments et renseignements nécessaires aux fins d'enquêter sur
les cas de discrimination. Les organes fédéraux, cantonaux et
communaux ont l'obligation de collaborer à l'éclaircissement
des faits;

h. (nouvelle) les données personnelles ne peuvent être divul-
guées sans l'autorisation des personnes concernées que
sous forme anonyme.

Proposition Schweingruber
Al. 1
.... à éliminer toute forme de discrimination.
Al. 2 let. b
Biffer

Proposition subsidiaire Aubry
(au cas où la proposition de minorité I [Sandoz] est rejetée)
Al. 1
Le Bureau fédéral entre les sexes dans les domaines de la
vie professionnelle.
Al. 2 let. e
Biffer

Präsidentin: Ich bitte Frau Sandoz, gleichzeitig den Antrag
der Minderheit zu Artikel 58 des Verwaltungsorganisations-
gesetzes («Änderung von Bundesgesetzen», Ziff. 1) zu be-
gründen.

Sandoz Suzette (L, VD), porte-parole de la minorité I: Bien vo-
lontiers, Madame la Présidente, parce que vous avez raison,
l'article 16 de la loi fédérale sur l'égalité entre femmes et hom-
mes et l'article 58 de la loi sur l'organisation de l'administration
sont intimement liés.

Je vous renvoie d'ailleurs, pour comprendre de quoi il s'agit,
aux commentaires que fait le message, d'une part à
l'article 1er (page 45 du message en français), d'autre part à
l'article 16 (page 68 du message en français). Vous constate-
rez que si la loi s'appelle «loi fédérale sur l'égalité entre fem-
mes et hommes», et si l'article 1er dit que la loi a pour but de
promouvoir l'égalité dans les faits entre femmes et hommes,
quand bien même tout le reste de la loi se préoccupe du
monde du travail, c'est parce qu'il faut avoir une formulation
assez large pour permettre au Bureau fédéral de l'égalité entre
femmes et hommes d'être élevé au rang d'office.

Vous verrez, comme commentaire à l'article 16, que si les tâ-
ches du Bureau de l'égalité sont énoncées dans une loi, c'est
parce qu'il faut que ce bureau ait une situation hiérarchique

très élevée, supérieure à d'autres bureaux de l'administration,
de manière à assurer une surveillance générale auprès des dif-
férentes autorités et des différentes institutions d'intérêt natio-
nal ou d'intérêt relativement large pour le pays.

Par conséquent, si nous biffons l'article 16, comme la mino-
rité I vous le propose, nous avons en même temps justifié de
biffer l'article 58 de la loi sur l'organisation de l'administration,
qui veut faire du bureau un office. Mais il faut bien se rendre
compte d'une chose: les tâches qu'énonce l'article 16 ne sont
pas différentes de celles qu'énonce actuellement l'ordon-
nance du 24 février 1988 instituant le Bureau fédéral de l'éga-
lité entre femmes et hommes à son article 1er, qui fonde l'exis-
tence et la compétence du bureau. Seule se trouve ajoutée,
évidemment, la référence aux articles 14 et 15 de la loi que
nous avons votés. Mais ça, c'est un autre aspect du problème,
parce qu'on pourrait très bien la mettre dans l'ordonnance si
on le voulait.

Autrement dit, si vous biffez, comme le propose la minorité I,
l'article 16, vous ne supprimez pas du tout le Bureau de l'éga-
lité entre femmes et hommes. Vous ne modifiez pas ses tâches
en général. Vous empêchez simplement, et c'est là l'essentiel,
qu'il puisse être élevé en vertu de l'article 58 au rang d'office.
Or, vous savez que les offices doivent avoir une base légale et
qu'évidemment la pérennité des offices est autre chose que
celle d'un bureau qui peut être créé selon les besoins par le
département concerné ou le Conseil fédéral par voie d'ordon-
nance.

Il est intéressant de constater que la démarche que l'on vous
propose dans la loi à l'article 16 est exactement l'inverse de
celle que souhaiterait, selon les journaux récents, en décem-
bre de l'année dernière, notamment la représentante du Bu-
reau de l'égalité et de la famille du canton de Neuchâtel. Elle
regrettait d'avoir maintenant un bureau alors qu'une commis-
sion ad hoc eût été plus souple et eût mieux permis, le cas
échéant, de s'adapter aux nécessités de la réalité qui évolue.
Vous vous rappelez sans doute que le canton d'Uri a préféré
une commission ad hoc à un bureau de manière aussi à avoir
cette souplesse.

Ce que l'on vous propose, c'est la démarche inverse de celle
que font ceux qui continuent d'essayer de suivre l'égalité,
c'est-à-dire de figer dans la loi, et de conférer une compétence
incroyablement importante, un Bureau fédéral de l'égalité
entre femmes et hommes, dont la raison d'être est par défini-
tion passagère. En effet, nous souhaitons – et nous savons
que ça sera le cas, notamment grâce à ceux qui, n'étant pas
misogynes et n'ayant pas besoin de se faire pardonner leur
misogynie, refuseront la loi au vote final – et nous savons que
l'égalité va avancer très rapidement.

Si vous biffez l'article 16, vous empêchez que ce bureau soit
élevé en vertu de l'article 58 au rang d'office. Les deux votes
sont liés. Si vous maintenez l'article 16, vous aurez conféré la
qualité d'office du bureau et figé de manière totalement ridi-
cule les problèmes de l'égalité.

Von Felten Margrith (S, BS), Sprecherin der Minderheit II: Ein
Gleichstellungsgesetz ohne Ausbau der Kompetenzen des
Gleichstellungsbüros ist unvollständig. Die Minderheit II der
Kommission beantragt deshalb die Ergänzung des Aufgaben-
katalogs des Gleichstellungsbüros mit den vorliegenden An-
trägen zu Artikel 16 Litera g (neu) und h (neu).

Die Formulierung ist dem Vernehmlassungsentwurf von 1990
entnommen. Gemäss Kommentar ist der Wortlaut von zahlrei-
chen ausländischen Gesetzesbestimmungen inspiriert, die
ihre Gleichstellungsbüros mit ähnlichen Kompetenzen ausge-
stattet haben.

Der bundesrätliche Entwurf hat auf eine Erweiterung der Kom-
petenzen des Gleichstellungsbüros verzichtet. Demgegen-
über wird in der Botschaft auf ausländische Erfahrungen hin-
gewiesen, die belegen, dass diejenigen Behörden, die in be-
zug auf die Gleichstellung am meisten Kompetenzen haben,
am effizientesten arbeiten und die besten Resultate erzielen.
Es gibt im Ausland auch Behörden, die selbständig klagebe-
rechtigt sind. So weit geht der vorliegende Antrag nicht. Es
geht hier lediglich um die Untersuchungskompetenz, verbun-
den mit einer Datenschutzbestimmung.

Gemäss Antrag der Minderheit II soll das Gleichstellungsbüro die Befugnis haben, Untersuchungen durchzuführen und Beweise zu erheben. Es soll von den Beteiligten die erforderlichen Akten und Auskünfte verlangen können. Zudem soll mit dem Antrag die Kooperationspflicht der Behörden statuiert werden. Die Untersuchungskompetenz ist ganz wesentlich und nichts Aussergewöhnliches. Das Gleichstellungsbüro würde dadurch eine Stellung erlangen, die mit derjenigen des Preisüberwachers vergleichbar ist, der auch die Kompetenz hat, Untersuchungen durchzuführen und von Dritten die notwendigen Auskünfte und Akten zu verlangen; ich verweise auf das Preisüberwachungsgesetz.

Es geht hier eindeutig um eine Präventivmassnahme. Das Gleichstellungsbüro soll ausserhalb von Gerichtsverfahren wirken und Prozesse vermeiden. Als sachkompetente Behörde steht das Büro für verlässliche Sachverhaltsabklärungen. Die Untersuchungskompetenz bedarf einer gesetzlichen Grundlage, und diese soll jetzt im Gleichstellungsgesetz festgeschrieben werden.

Die Arbeitsgruppe «Lohngleichheit» hat verschiedene Modelle geprüft. Ein Modell war, dem Gleichstellungsbüro selbst ein Klagerecht zu gewähren. Die Kommission ist jedoch mehrheitlich zur Überzeugung gelangt, dass es für ein eidgenössisches Gleichstellungsbüro nicht sinnvoll wäre, ein eigenes Klagerecht zu haben. Frauen können vor Ort, in ihren Kantonen, durch ein allfälliges Klagerecht der kantonalen Gleichstellungsbüros besser unterstützt werden. Es liegt in der Kompetenz der Kantone, ein solches Behördeklagerecht einzuführen.

Hingegen macht es durchaus Sinn, das Eidgenössische Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann in seiner ganzen Vermittlungstätigkeit zu unterstützen. Die Erteilung der Untersuchungskompetenzen gemäss Antrag der Minderheit II würde das Gleichstellungsbüro in seiner heute schon praktizierten Vermittlungstätigkeit stärken. Durch diese neue Kompetenz ergeben sich keinerlei Veränderungen bei der Umschreibung der Aufgaben; es gibt keinerlei Veränderungen bei der Prioritätensetzung, und es führt in keiner Weise zu einer Personalaufstockung: Der Ausbau der Kompetenzen des Gleichstellungsbüros gemäss dem Antrag der Minderheit I ist gratis zu haben! An dieser Stelle möchte ich noch festhalten, dass die SP-Fraktion den Antrag der Minderheit I (Sandoz) ablehnt.

*Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen
Le débat sur cet objet est interrompu*

*Schluss der Sitzung um 13.00 Uhr
La séance est levée à 13 h 00*

Gleichstellung von Frau und Mann. Bundesgesetz

Egalité entre femmes et hommes. Loi

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1994
Année	
Anno	
Band	I
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	16
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	93.024
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	17.03.1994 - 08:00
Date	
Data	
Seite	495-508
Page	
Pagina	
Ref. No	20 023 820

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.